

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler in Hamburg, Haafenstein & Wegler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 8 1/2 Uhr Morgens.
Berlin, 10. April. Der Reichstag erledigte in der gestrigen Abend-Sitzung den XIII. Abschnitt der Verfassung („Schlichtung von Streitigkeiten und Strafverfahren“). Art. 68 (welcher bestimmt, daß jedes Unternehmen gegen die Sicherheit oder die Verfassung des Bundes, die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes oder Anordnungen der Bundesbehörden etc. in den einzelnen Staaten so beurtheilt werden sollen, als ob sie gegen diese einzelnen Staaten gerichtet wären) wurde mit dem Amendement Twesten angenommen, das die Strafbestimmungen, betr. die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes und die Anordnungen der Bundesbehörden beseitigt. — Art. 69 (nach welchem das Ober-Appellationsgericht der Hansestädte erste und letzte Instanz für die als Hoch- und Landesverrath sich qualifizierenden Unternehmungen gegen den Bund ist) wurde mit dem Amendement Schwarze, wonach es bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes bei den zuständigen Gerichten bewenden soll, gleichfalls angenommen; ebenso Art. 70 mit dem Amendement Wiggers (Rostock), betr. die Zustizverweigerung. (Art. 70 bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten von dem Bundesrathe erledigt und daß Verfassungsstreitigkeiten in einem Bundesstaate, wenn eine gütliche Beilegung durch den Bundesrath nicht gelingt, im Wege der Bundesgesetzgebung erledigt werden sollen.)

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 9. April. Die „Presse“ hält die größtmögliche Zurückhaltung in der französisch-preussischen Differenz wegen Luxemburgs für das dringendste Interesse Oesterreichs. Im Falle eines Krieges müsse Oesterreich eine strenge, nach keiner Seite hinneigende Neutralität beobachten. Das Lebensinteresse Oesterreichs wurzle darin, daß der Kampf möglichst lokalisiert bleibe. Der Hauptgrund einer solchen Politik liege in der eventuellen Haltung Rußlands.

London, 8. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses machte Lord Stanley die Mittheilung, daß die spanische Regierung die letzte englische Depesche nicht beantwortet habe. Gladstone vereinfachte seinen gegen die Reformbill gerichteten Antrag, weil viele Liberalen demselben in der früheren Fassung ihre Unterstützung versagt hatten, und ist hierdurch der Widerstand gegen die Comitésberatung beseitigt.

Petersburg, 8. April. Der Reichsrath votirt heute das Budget, dessen Gesamteinnahmen, 443 1/2 Mill. R., sich mit den Gesamtausgaben ausgleichen. Als außerordentliche Einnahmen figuriren 40 1/2 Mill. aus den 1865er und 1866er Anleihen. Sowohl die directen als die indirecten Steuern zeigen eine Zunahme gegen voriges Jahr; unter den Ausgaben haben diejenigen für Staatsschuld mit 5 Millionen, für Krieg mit 4 1/2 Millionen zugenommen, die Marineausgaben dagegen mit 5 Millionen abgenommen. Für Staatsbahnbauten sind 25 1/2 Millionen veranschlagt. Das Budget Polens, welches in dem Gesamtbudget aufgenommen ist, zeigt 16 1/2 Millionen Einnahme, 19 Millionen Ausgabe.

London, 8. April. New-Yorker Berichte vom 7. d. melden aus Mexico: Die republikanische Abtheilung unter Escobedo ist geschlagen und wird von Miramon verfolgt. Kaiser Maximilian ist nach der Hauptstadt zurückgekehrt. — Der Hamburger Dampfer „Germania“ ist in New-York eingetroffen.

Frankfurt a. M., 9. April. Effecten-Societät. Schwankend, Schluß fest. National-Anleihe 48 1/2, Credit-Actien 146 1/2, 1860er Loose 60 1/2, Steuerfreie Anleihe 43 1/2, Amerikaner 75 1/2.

Wien, 9. April. Abendbörse. Andauernde große Bewegungen. Credit-Actien 168,30, Nordbahn 160,50, 1860er Loose 61,25, 1864er Loose 75,50, Staatsbahn 195,30, Steuerfreie Anleihe 47,90.

Triest, 9. April. Der fällige Lloyd-Dampfer „Diana“ ist mit der österreichisch-ungarischen Ueberland-Post heute Vormittag aus Alexandria hier eingetroffen.

London, 9. April. Aus New-York vom 9. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Das Comité des Repräsentantenhauses für die auswärtigen Angelegenheiten hat einen dem russisch-amerikanischen Kaufvertrage günstigen Bericht erstattet. Die Ratifizirung desselben ist wahrscheinlich. — Wechselcours auf London in Gold 109, Geldagio 35 1/2, Bonds 109 1/2, Silber 111 1/2, Eisenbahn 55 1/2, Baumwolle 28, Rohes Petroleum 15.

Norddeutscher Reichstag.

30. Sitzung am 9. April 1867.

Die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge der Kronprinz und Prinz Nicolaus von Nassau. — Präsi Simson verliest eine Zuschrift des Landescomités der nationalen Partei in Württemberg, in welcher Resolutionen einer Volksversammlung in Heilbronn mitgetheilt werden, in denen die Befriedigung über das Bündniß zwischen Preußen und Bayern, Württemberg und die Erwartung ausgesprochen wird, daß Preußen die deutsche Ehre in der Luxemburgischen Frage wahren werde. — Es folgt die Verhandlung über die Interpellation, betr. den Eintritt des Großherzogthums Hessen in den norddeutschen Bund (i. dieselbe in der heutigen Morgennummer). Graf v. Solms-Laubach begründet die Interpellation. Er beklagt die Zerstretheit Hessens, für dessen einen Theil die Bundesgesetzgebung maßgebend sein solle, für dessen andern Theil nicht. Alle Bewohner des Großherzogthums wünschten dem norddeutschen Bunde anzugehören, ebenso wie die Bewohner der übrigen süddeutschen Staaten. (Beifall.) Graf Bismarck: Ich würde mich zu einer erschöpfenden Beantwortung der Frage in Vertretung der hohen verbündeten Regierungen nur dann bereit erklären

können, wenn die Frage von der großh. hessischen Regierung gestellt würde. Der Hr. Interpellant ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Wunsch der großh. Regierung, das ganze Großherzogthum fest in den norddeutschen Bund aufgenommen zu sehen, amtlich feststände. Ich kann dies nicht bestätigen. Die großh. hessische Regierung hat uns allerdings in einer Note v. 14. Aug. v. J. den Wunsch ausgesprochen, mit dem ganzen Großherzogthum in den Bund aufgenommen zu werden. Es geschah dies aber in einer andern Lage der Dinge, als es die heutige ist. Die preuß. Regierung hatte damals in den Friedensverhandlungen die Forderung gestellt, das gesammte Oberhessen mit Homburg und Meisenheim der preuß. Monarchie einzuverleiben gegen Entschädigung des Großh. Hessens auf Kosten Bayerns. Um diesen Gebietstausch abzuwehren, bot die großh. Regierung, wie aus dem Inhalt der Note v. 14. Aug. zu ersehen sein würde, den Eintritt des gesammten Großherzogthums in den Bund an. Nachdem jener Territorialaustausch aus anderen Rücksichten aufgegeben war, hat die großh. Regierung denselben Wunsch nicht erneuert. Die verbündeten Regierungen sind weit entfernt, die Uebelstände zu verkennen, welche aus der Theilung des Großherzogthums in einen der Gesetzgebung des norddeutschen Bundes unterworfenen und einen davon freien Theil hervorgehen. Es ist sogar vorzuziehen, daß diese Uebelstände sich noch beträchtlich steigern würden, wenn es nicht gelingen sollte, dem Zollverein eine weitere Ausdehnung, als das Gebiet des norddeutschen Bundes es bedingt, zu erhalten. Wir finden daher die Uebelstände, welche der Hr. Interpellant hervorgehoben hat, nicht nur unzweifelhaft vorhanden, sondern auch die Gefahr, daß sie in Zukunft wachsen könnten. Es kommt dazu, daß das gesammte Großherzogthum schon in wesentlichen Theilen seiner Organisation in die Rechtssphäre des Norddeutschen Bundes hineingezogen ist, namentlich in Betreff der Verwaltung der Post und der Telegraphie, und, wie demnächst durch den Abschluß einer Militärconvention zu erwarten steht, auch in Bezug auf die militärischen Angelegenheiten. Als Aequivalent dafür blieben dem Großherzogthum zu reclamiren die Rechte, die den vorher angeordneten Leistungen entsprächen, nämlich die Rechte einer stärkeren Vertretung im Bundesrathe wie im Reichstage, und die Bürgschaften einer vollen territorialen Garantie, die sich bisher, juristisch wenigstens, auf Rheinhessen und auf Stadenburg nicht erstreckten. Der Frage, ob nach dem Inhalte des Prager Friedens der Aufnahme des gesammten Großherzogthums, welches, von der territorialen Seite ausgehend, zur Hälfte ein norddeutscher, zur Hälfte ein süddeutscher Staat ist, Hindernisse entgegenstehen, würden wir näher treten, sobald uns von der großh. Regierung in amtlicher Form der Wunsch dazu ausgesprochen würde. Wir würden dann, da wir mit Oesterreich auf der Basis des Prager Friedens und in Betreff der Auslegung desselben im Einverständniß zu leben beabsichtigen, zunächst mit der kaiserlich österreichischen Regierung in freundschaftliche Verhandlung darüber treten, wie sie ihrerseits die Frage auffasse, und nach der bisherigen Haltung der kaiserlichen Regierung glauben wir kaum, daß der Gedanke auf einen bestimmten Widerstand darin stoßen würde, sobald die Wünsche der großh. hessischen Regierung sich unzweideutig manifestirt hätten. Wir würden demnach, nachdem ich mich der Ueberzeugung hingeben darf, daß innerhalb des engeren Bundes ein Widerspruch nicht erhoben werden würde, es doch für nützlich und den gegenseitigen Beziehungen entsprechend halten, mit unsern süddeutschen Bundesgenossen und namentlich mit Bayern auch über diese Frage ins Vernehmen zu treten, um zu ermitteln, ob die dortige Politik durch dieses Vorgehen getrennt oder unterstützt werden würde. Vor Allem aber wäre erforderlich, daß die großh. Regierung ihre Willensmeinung bestimmt formulirte, und nach der Vereinnahmung, welche dieselbe gezeigt hat, an dem nationalen Werke, an welchem sie bisher nur für Oberhessen vollständig theilhaftig ist, mitzuwirken, dürfen wir mit Vertrauen die Entscheidung, die Entscheidung über die Frage der großherzoglichen Regierung überlassen, die am besten wissen muß, was ihrem Interesse frommt, und der ich aus bundesfreundlichen Rücksichten hier durch eine Erklärung nicht glaube vorgehen zu dürfen.

Es folgt nunmehr die Spezialdiscussion über Art. 65, 66, 67 des Verf.-Entwurfs, betr. die Bundesfinanzen (i. d. gestrige Abendata)

Finanzminister v. d. Heydt wiederholt seine gestrigen Bedenken gegen die Amendements, welche die Bestimmungen der preussischen Verfassung über das Budget in die Bundesverfassung übertragen wollen. Trotz der Bestimmungen in der preuß. Verfassung sei kein Etatsgesetz zu Stande gekommen und man habe der Regierung das Recht bestritten, die Verwaltung in der nothwendigen Weise fortzuführen, so lange kein Etatsgesetz zu Stande gekommen. Es sei nicht gerathen, dieselben Schwierigkeiten im norddeutschen Bunde zu ermöglichen. In welcher Lage würde die Finanzverwaltung kommen, wenn auf der einen Seite die Ausgabe fest steht, auf der andern aber das Zustandekommen eines Gesetzes nothwendig ist, um die nöthigen Summen zu vereinnahmen. Es kann da die Bewilligung der Einnahmen nicht zu Stande kommen aus verschiedenen Gründen. Man kann bei den gemeinschaftlichen Einnahmen Reformen vorschlagen, über welche zwischen Reichstag und Bundesrath eine Verständigung nicht zu Stande kommt; man kann darüber verschiedener Meinung sein, wie die Matricularbeiträge einzuziehen sind, ob durch directe Steuern, ob durch Vermittelung der einzelnen Staaten; endlich ist der Fall, zwar nicht wahrscheinlich, aber doch nicht ganz unmöglich, daß das Gesetz überhaupt nicht zur Annahme gelangt. Was dann geschieht, haben die Herren Amendementsteller nicht ausgesprochen, und nach den Erfahrungen, die wir im preuß. Lande gemacht haben, muß ich

sehr davon abrathen, eine solche Bestimmung hinzustellen, die möglicher Weise nicht zur Ausführung kommen kann und dann zu Verhältnissen führt, die gewiß Allen unerwünscht sind. Redner kritisiert alsdann die einzelnen Amendements. Das Amendement Dunder-Waldeck sei ganz unannehmbar, auch das Amendement Friedenthal sage nicht, wie die Einnahmen zu sichern seien, wenn das Bundesgesetz nicht zu Stande kommt. Das Amendement Bethusy-Huc sei in sich unklar; denn Art. 58 spreche nur von den Ausgaben für die Armee, nicht aber davon, wie die Einnahmen erhoben werden sollen. — Allen diesen Schwierigkeiten — schließt Redner, nachdem er noch gegen die übrigen Amendements gesprochen, — die aus der Annahme irgend eines der Amendements entstehen könnten, geht die Fassung des Regierungsentwurfs aus dem Wege, und ich empfehle daher in erster Linie diesen zur Annahme.

Abg. v. Brandenburg: Wir sind in erster Linie für die Vorlage. Der Herr Finanzminister hat gestern schon auseinandergelegt, daß es darauf ankommt, die Einnahmen für die künftige Bundeswirtschaft ebenso festzustellen, wie die Friedensstärke der Armee. Wir würden nichts dagegen haben, daß zwar die Einnahme-Positionen im Etat aufgeführt werden, aber sie sollen dort nicht durch Beschluß des Reichstages abgesetzt werden können. In der preuß. Verfassung sind die Einnahmen durch den Art. 109 geschützt; in dieser Verfassung wird das nicht der Fall sein, wenn die Amendements zur Annahme gelangen. Unter denselben würde uns noch das des Abg. Friedenthal am liebsten sein; aber wir könnten auch nur dann dafür stimmen, wenn es nicht den Sinn hätte, daß auch die Einnahmen durch jährliche Bewilligung festgestellt werden sollen. Das Amendement Bethusy-Huc würde ich am allerwenigsten annehmen; denn es bietet zum Schein etwas, giebt aber in Wahrheit gar nichts. Denn es bietet gar keinen Schutz gegen das Amendement Miquel, wonach alle Einnahmen auf den Etat kommen, also von der Majorität des Reichstages abhängig gemacht werden sollen. Und dann ist von 1871 an selbst die Friedensstärke der Armee in Frage gestellt, falls nicht der Hr. Abg. sich unteramendirt etwa in der Weise, daß er sagt, für das Heerwesen ist ein für allemal die Summe von 67 1/2 Millionen ausgesetzt. Daß er das kann, hat er ja neulich bewiesen. (Heiterkeit.) Die Abgg. Dunder und Waldeck vertreten hier eine sehr hervorragende Partei, aber in so kleiner Anzahl, daß ich auf eine Kritik ihrer Anträge wohl nicht eingehen brauche. Nur scheinen mir ihre Theorien auf das Klarste zu beweisen, daß die gestrigen Deductionen des Abg. Gneist in Bezug auf die Thatsachen, die er voraussetzt, unrichtig sind. Ich habe mir neulich erlaubt, die eigentliche ministerielle Partei, die Herren National-Liberalen (Heiterkeit) anzufragen. Ich weiß nicht, ob die Herren allzu sehr überzeugt worden sind von den Deductionen des Hrn. Dr. Gneist. Ich glaube es nicht. Ich habe zu constatiren, daß diese Rede in ihrem ersten Theile, ja, in ihren ersten zwei Dritteln uns außerordentlich befriedigt hat. Ich habe aber zu meinem Erstaunen heute gehört, daß dieselbe doch einen solchen Eindruck auf den Tribünen gemacht hat, daß man glaubte, es spräche am Ende ein ganz anderer Redner, als zuerst (Heiterkeit). Die Budgettheorie, die der Abg. Gneist entwickelte, ist ja dieselbe, wie wir Conservativen sie verstehen. Nun aber, was haben wir am Ende gehört? Seine Deduction war so: es darf durchaus nicht durch die Majorität des Reichstages die Friedensstärke der Armee in Frage gestellt werden. Dies ist die gesetzliche Basis, aber ich erkläre mich gegen Pauschquantum, und insofern verlange ich eine Vorlage des Militärbudgets in einzelnen Titeln, wie wir sie sonst gehabt haben, und das Votum des Reichstages — so sagte er — ist ein decisives. Also der Reichstag soll doch streichen können? Damit wird ja die ganze Deduction auf den Kopf gestellt. M. H.! Lassen wir uns durch das gorgonenhafte Wort Budgetrecht nicht auf beiden Seiten in die Flucht schlagen. Das Vertrauen der eigentlichen ministeriellen Partei, deren grüne Farbe so hoffnungsvoll auch für die Zukunft ist, aus deren Reihen das Vaterland erwartet, die künftigen Minister genommen zu sehen, scheint zu schwanken (Heiterkeit). Das Vertrauen dieser Partei zur Führung des Ministeriums, auf das hin Sie ja gewählt worden sind, hört bei dem Worte Budgetrecht sofort auf und verwandelt sich in Mißtrauen. So werden wir aber die Sache nicht fördern. Ich bitte Sie, stimmen Sie für die Regierungsvorlage, lassen Sie sich nicht verführen von den Herren Abgg. Dunder und Waldeck! Diese Herren kommen mir vor, wie die richtigen klassischen Junker der Fortschrittspartei. (Große Heiterkeit.) Sie halten mit feudaler Treue fest an ihren Principien, den Principien der „heiligen Demokratie“, die sie vertreten haben und vertreten werden, so lange sie leben. (Zustimmung links.) M. H., das achte ich, das respectire ich, nur bitte ich die Herren, doch auch Ihrerseits einen Blick auf die Wählerkarte zu werfen, von der ich neulich sprach. Die Farbe, die sie tragen, gelbes Gelb, springt da sehr in die Augen, und es ist leicht zu sehen, welche kleinen Räume die Herren einnehmen. Also bitte ich Sie, mit Erlaubniß zu sagen, sich doch nicht so wichtig zu machen (Heiterkeit, Murren), es sei denn, daß Sie die Hoffnung hätten, daß die sauberen grünen Blätter der ministeriellen Partei vor dem herbsten Sturmwinde „mein Budgetrecht“ zu flieh gelb würden! (Heiterkeit, Bravo, Unruhe.)

Abg. Dr. Waldeck: Unsere Anträge wollen die Rechte, die in der preuß. Verfassung stehen, festgehalten wissen. Wenn man uns vorhält, daß unsere Anträge von so wenigen unterstützt sind, dann sage ich, daß sie eine einfache Reproduction der preuß. Verfassung sind, und wenn Alle von denselben abfallen wollten, so würde ich doch mit dem bekannten Wahlspruch mich beruhigen, etiam si omnes, ego non. (Bravo!) Denn wenn das verfassungsmäßige Recht wirklich geeignet

und fortgeworfen wäre, so wäre derjenige, der es hält, wahrhaft besser daran, als die Tausende, die es unwillig wegwerfen wollen. (Bravo!) Dem ist aber nicht so. Herr von Blandenburg thut der (national-liberalen) Partei, die er die ministerielle nennt, Unrecht, wenn er sie mit uns in direkten Gegensatz bringt. Auch die Amendements Miquel sind eine Reproduktion aus der preussischen Verfassung. Die Herren glauben bloß, daß sie auf die Rechte, die sie in ihren Amendementsformulirungen haben, bis zum 3. 1871 verzichten können. Es ist allerdings richtig, in der Vorzeit sind die Kinder Israels 40 Jahre lang in der Wüste gewandelt und haben das gelobte Land endlich doch erreicht. (Heiterkeit.) Es ist also immerhin möglich, daß Sie nach jenen 4 Jahren, die Sie durch die Wüste des Absolutismus wandeln, doch wieder die Verfassung erreichen. (Heiterkeit.) Aber die Erfahrungen der letzten 5 Jahre sind dafür nicht gerade sehr ermutigend. Wenn die Staatsraison z. B. erforderte, daß statt 300,000 Mann 350,000, oder 400,000 nöthig wären, so würden Sie in dieselbe Lage kommen, wie die preuß. Opposition und wieder von der Staatsraison geschlagen werden, d. h. faktisch geschlagen; von Widerlegungen und Vernunftgründen ist bei solchen Staatsrassons überhaupt nicht die Rede. (Heiterkeit.) Unsere Lage ist also nicht so sehr verschieden, dennoch muß ich aber die Miquel'schen Amendements für sehr bedenklich halten, da ich eben fürchten muß, daß jene Wellensäule, die uns zur Wiedereroberung der Verfassung durch die Wüste führen soll, in Rauch zerfließen wird, ehe das 3. 1871 erreicht ist. Man hat uns als Schreckbild vorgehalten, daß wir mit Erringung des ganzen Budgetrechts Mißbrauch treiben können. Damit kann man bloß große Kinder schrecken, Männer, die das Staatsrecht kennen, werden vor solchen Dingen Respect haben. M. H.! Vergessen Sie nicht, daß nicht eine kleine Minorität, sondern die ungeheure Majorität des deutschen Volkes stets gedacht hat, daß das Recht auf eine Constitution mit dem Blute der Schlacht von Waterloo besiegelt ist. Den Hrn. v. Blandenburg aber möchte ich darauf verweisen, was wohl die feudalen Stände einem Herzoge von Württemberg, der mit seinen Ständen in Streit zu leben pflegte, geantwortet haben würden, wenn er um mehr Soldaten zu halten, mehr Steuern fordern und sie Kraft der Staatsraison zur Bewilligung für verpflichtet halten wollte. Ohne Zweifel würden sie ihm gesagt haben: Ein deutscher Fürst ist nach germanischen Rechten Herr seiner Domänen und Schlösser, er ist auch Kriegsherr, wie man jetzt sagen würde, er hat aber nicht über einen Pfennig Steuern zu verfügen, die ihm nicht von den Ständen bewilligt sind. Das ist germanisches Recht und so ist es, als die Macht der feudalen Stände durch den aufgestellten und civilisirten Absolutismus gebrochen wurde, in den modernen Constitutionalismus übergegangen und unser Recht geworden. Das Steuerbewilligungsrecht ist das erste ständische Recht. Allerdings ist es immer ein äußerster Schritt, wenn das ganze Budget verweigert wird; dieses Recht kann nicht regelmäßig ausgeübt werden, denn dabei wäre kein Staat möglich. Es existirt aber. Als man in England die Reformbill verweigerte, stand an den Häusern in Liverpool geschrieben: hier werden keine Steuern gezahlt, und das war wohl verständlich. Eine kluge und tüchtige Regierung, wie sie sich in England doch immer aus der Aristokratie herausbildet, verstand den Wink, gab der öffentlichen Meinung nach, die Reformbill kam, der Herzog von Wellington mußte zurücktreten. Daß dieses Recht mißbraucht werden sollte, ist nicht anzunehmen und das preuß. Abgeordnetenhaus hat während des Konflikts, als es regelmäßig nur die Reorganisationskosten strich, nie aber das Ganze in Frage stellte, dafür den besten Beweis geliefert. Die Regierung soll und muß sich im Einklang mit dem Volke befinden und wenn sie durch mehrfache Auflösungen der Volksvertretung sich überzeugt hat, daß sie dies nicht erreichen wird, dann muß sie arden Mannern Platz machen, welche die Meinung des Volkes für sich haben. (Aha! rechts.) Sie brauchen nicht zu lächeln und können mich in dieser Beziehung nicht in Verdacht haben, denn ich habe zwanzig Mal erklärt, daß wir los unser Recht wollen, kein Ministerium verdrängen. Das wollten wir nicht, selbst als unsere Partei sehr stark im Abgeordnetenhaufe war. Wir sagten uns immer, möge Minister sein, wen der König dazu berufen wolle, wenn das Parlament nur sich nicht auf unzulässige Compromisse einlasse, dann werde die wahre öffentliche Meinung endlich doch siegen. Wie kann man nun verlangen, wir sollen hier die großen Prinzipien aufgeben? Unsere Amendements zu diesem Abschnitt waren eingebracht in Verbindung mit denen zu dem Abschnitt über das Militärwesen. Wir wollen die alten Grundsätze, welche wir so lange im preussischen Abgeordnetenhaufe aufrecht erhalten haben, in diese Verfassung hineinbringen. Wären sie angenommen worden, so hätten wir wenigstens eine militärische Centralgewalt, die sich an dieses Budget binden muß. Geben Sie dies auf, dann sind die anderen Etatstitel ohne Bedeutung. Denken Sie an die ungeheure Verantwortlichkeit, die Sie auf sich nehmen, wenn Sie dieser vollendeten Exportation des preuß. Budgetrechts hier ihre Sanction geben wollten. (Bravo links.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wenn ich dem Eindruck, den die Debatte auf mich gemacht hat, allein folgen sollte, dann würde ich sagen: ich bin des trockenen Tones nun satt, den ich als Vermittler annehmen muß. Indessen möchte ich nicht, daß der Geist Mephisto's, der Geist, der stets verneint, nun Siege gelangt. Für mich kommen zwei Prinzipien in Betracht, das des Königthums in Preußen und das Deutsch-Nationale, ich werde fortfahren, auf dem Boden der Thatfachen die Vermittelung zu suchen, so lange es möglich ist. Die Vorlage der Regierungen und die Amendements des Abg. Miquel stehen sich hier gegenüber. Ich kann nicht die Meinung theilen, daß in der Regierungenvorlage das Budgetrecht enthalten sei, und muß mich auch gegen die dreijährige Budgetperiode erklären. Ich sehe also in so weit die Anträge Miquel als eine Verbesserung an und ich und meine politischen Freunde ergreifen mit Gemuthung die Gelegenheit, vor dem Lande hierdurch zu constatiren, daß ein großer Theil der conservativen Partei des Landes den ersten Willen hat, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes auch nach dieser Richtung hin anzuerkennen und zu vertreten. (Bravo!) Diese Rechte finden aber auch ihre notwendige Begrenzung in den Rechten der Krone und in dem Gebot der Sicherstellung des Landes. Den Herren Wagener und v. Blandenburg möchte ich zu bedenken geben, daß aus der Annahme des Forderbed'schen Amendements zu Art. 58 keine Veranlassung hervorgeht, die Verfassung im Ganzen abzulehnen. Aber die Sicherheit des Staates selbst, die ich nicht genügend gewahrt finde, wenn mein Amendement zu

Art. 65 (das gestern mitgetheilte Amendement will bekanntlich, daß die im Art. 58 festgestellten Beträge für das Militär so lange fortgehoben werden, bis die Friedenskräfte zc. im Wege der Bundesgesetzgebung abgeändert ist), gestrichen würde, steht für mich hoch genug, um mich zu vermögen, für diesen Fall gegen das Amendement Miquel und für die Regierung zu stimmen. Man hat darauf hingewiesen, daß schon die bisherigen Veränderungen des Entwurfs, namentlich die Annahme der Diäten, eine Einigung mit den veränderten Regierungen in Frage stellen. Ich glaube das nicht, aber trotzdem möchte ich Sie vor weiteren einschneidenden Veränderungen warnen. Ich will Ihnen nicht zurufen: Noch ein solcher Sieg, und Sie sind verloren, aber ich glaube nicht die Sachlage zu verkennen, wenn ich sage: noch ein solcher Sieg und die Verfassung kommt nicht zu Stande. Ich wiederhole also, was ich schon in der ersten Generaldebatte gesagt habe: wir müssen etwas zu Stande bringen, wenn wir die Regierung nicht zwingen wollen, das, was geschehen muß, ohne uns zu machen. Einigen wir uns also, nur so können wir die Volksrechte wahren.

Abg. Lasker: Der Abg. v. Blandenburg hat uns verschiedene Male als die eigentlich ministerielle Partei bezeichnet, wohl nur, um uns noch weiter von der Linken zu entfernen. Seine Bezeichnung sollte gewiß eben nur eine scherzhafte sein. Aber wenn wir dieselbe auch ablehnen müssen, so halten wir doch daran fest, nicht solche Bestimmungen in die Verfassung hineinzubringen, die zwar liberal sind, von denen wir aber wissen, daß sie für die Regierung unannehmbar sind. Der Hr. Finanzminister hat die Amendements meines Freundes Miquel angegriffen, deren Bedeutung er gestern offenbar nicht richtig aufgefaßt hat. Er meinte, daß wir ein besonderes Einnahmewilligungsrecht zu erstreiten suchen, während wir meinen, daß dasselbe in dem Reg.-Entwurf eo ipso enthalten und identisch mit dem Ausgabebewilligungsrecht sei. Wir wollen, daß die Einnahmen so weit ausgeschrieben werden, als sie mit den bewilligten Ausgaben balanciren. Also müssen zunächst die Ausgaben festgestellt werden, nach denen sich die Einnahmen richten sollen; daß wir Ausgaben bewilligen, ohne die dazu gehörigen Einnahmen gleichfalls zu bewilligen, ist nicht anzunehmen. Heute hat nun der Hr. Finanzminister die Frage aufgeworfen, was denn geschehen solle, wenn ein Etatsgesetz nicht zu Stande komme, und gewissermaßen die Antwort insinuiert: die Volksvertretung hat zwar Einnahmen und Ausgaben zu bewilligen, wenn aber das Etatsgesetz nicht zu Stande kommt, dann leben wir nach den Grundsätzen des absoluten Staats. Die Regierung suchte bekanntlich dem Art. 99 der preuß. Verfassung eine ähnliche Bestimmung zu geben. Diese Bestimmung fand aber selbst bei der Fraction des Hrn. v. Vinde Widerspruch. Wenn die Budgetfrage in dieser Art gelöst werden könnte, dann brauchen wir keine Verfassung, und hängt es ganz von dem Belieben der Regierung ab, einen Etat vorzulegen oder nicht. Im preuß. Abgeordnetenhaufe wurde die Befürchtung geäußert, daß der norddeutsche Reichstag bloß eine Geldebewilligungsmaschine werden und sonst noch etwa dazu dienen solle, die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten zu kürzen. Wir haben dies nicht geglaubt, aber wenn die Regierung meint, daß die Bestimmungen der preuß. Verfassung überall, wo ihr dieselben einmal Schwierigkeiten bereitet haben, außer Kraft treten sollen, dann würde es sich thatsächlich doch so verhalten. Wir wollen keine Ausdehnung unserer Befugnisse, aber wir wollen auch nicht eine Ausdehnung der Befugnisse der Regierung, die alle verfassungsmäßigen Rechte aufheben würde. Das aber würde man thun, wenn man die Frage des Finanzministers direct beantworten wollte, daß die Regierung, wenn ein Etatsgesetz nicht zu Stande kommt, mit dem alten Etat fortregieren kann. (Bravo links.)

Finanzminister v. d. Heydt: Der Hr. Vorredner scheint mich mißverstanden zu haben; ich habe nicht die Frage aufgeworfen, was geschehen soll, wenn kein Budget zu Stande kommt, sondern ausgeführt, daß, wenn auch die verfassungsmäßige Bestimmung besteht, daß ein Budget zu Stande kommen solle, diese Bestimmung für das wirkliche Zustandekommen noch nicht bürge. Ich empfehl deshalb die Fassung des Entwurfs, welche vollkommen klar ist und solche Schwierigkeiten nicht herbeiführt.

Abg. Dr. Friedenthal motivirt, während der größere Theil der Mitglieder Frühstückstunde hält, vor leeren Bänken und unter Unaufmerksamkeit der wenigen Anwesenden seine Amendements, die den allein gerechtfertigten Standpunkt einnehmen. Während die von liberaler Seite gestellten Amendements lediglich Abstractionen aus englischen Verhältnissen wären, die für uns nicht maßgebend sein könnten, berücksichtigen die seinigen unsere factischen Verhältnisse. Man dürfe nur die Rechte festhalten, welche wirklichen Werth und Bestand für die Dauer haben. Durch eine solche Selbstbeschränkung werde das Gesetz zur Geltung kommen und alle Willkür gebannt werden.

Kgl. sächs. Bundes-Kommissar v. Friesen weist darauf hin, daß der Reichstag keine Fortsetzung des preuß. Abgeordnetenhauses sei und daß man daher nicht immer wieder an den Konflikt in Preußen erinnern möge. Die Finanzbestimmungen des Entwurfs — sagt er — sind nicht für einen Einheitsstaat berechnet, sondern für einen Bund. Die politische Bedeutung des Budgetrechts knüpft sich hauptsächlich an die directen Steuern. Directe Steuern aber kennt unser Entwurf nicht. Der Bund umfaßt und absorbiert nicht die volle staatliche Gewalt aller einzelnen Staaten; es bestehen vielmehr ganz intact nebenbei fort die innere Gesetzgebung, das innere Finanzwesen der einzelnen Staaten, das innere Bewilligungsrecht der einzelnen Kammern. In Bezug auf die Bundesausgaben unterscheidet die Vorlage 3 Kategorien: 1) die für das Militär; diese sollen verfassungsmäßig ein für alle Mal festgesetzt werden; 2) die für die Marine; darüber soll, wie es in dem Entwurfe heißt, eine Vereinbarung stattfinden; und 3) die übrigen Ausgaben, die in einem Etat vorgelegt und alsdann auf dem Wege eines Bundesgesetzes festgestellt werden sollen. Demnach handelt es sich um die Bewilligung der Einnahmen. Die Bälle zc., wenn sie einmal gesetzlich feststehen, lassen sich nicht ohne Weiteres streichen. Das Uebrige soll durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden, welche durch das Bundespräsidium auszusprechen sind. Diejenigen, welche darauf bestehen, daß auch die Höhe der Matrikularbeiträge durch ein besonderes Gesetz festgestellt werden soll, frage ich: was soll denn in dem Falle geschehen, wenn ein solches Bundesgesetz nicht zu Stande kommt? Wenn Sie in der Verfassung aussprechen, daß diese Matrikularbeiträge nur ausgeschrieben werden können, wenn ein Bundesgesetz zu Stande gekommen ist: dann ist ja keine Einzelregierung ihren Kammern gegenüber berech-

tigt, solche Matrikularbeiträge, die vielleicht ganz nothwendig sind, um die Armee zu erhalten, zu bezahlen, wenn kein Bundesgesetz zu Stande gekommen ist. Dann heben Sie immer in solchem Falle die Grundlage des Bundes sofort auf. (Sehr richtig! rechts.) Das unterliegt gar keinem Zweifel, ja es folgt nothwendig daraus, daß wir es nicht mit einem Einheitsstaate, sondern mit einem Bunde zu thun haben. Wollen Sie auch für den Bund auf das Bewilligungsrecht, wie es Gegenstand des Kampfes in Preußen gewesen ist, und wie es in einzelnen Staaten besteht, unbedingt beharren, dann können Sie leicht den Fall herbeiführen, daß beim Nichtzustandekommen eines Bundesgesetzes die Folgen weit größer sind als Sie selbst beabsichtigen können. Es kann das Auseinanderfallen des ganzen Bundes eintreten. (Beifall rechts.)

Es folgt die Spezial-Debatte über Art. 66. A. g. Wagener (Neustettin) will sich nur gegen zwei Repräsentanten seiner Gegner wenden. Das ist zunächst der Abg. Waldeck, von dem wir gewöhnt sind, daß er sich als Großinquisitor und Beichtvater der preussischen Verfassung betraachtet. (Beifall und heftiger Widerspruch); von dem wir es gewöhnt sind, daß er alle diejenigen der Verlegung des Verfassungsgeides beschuldigt, die nicht nach seinem Willen die Verfassung interpretiren. (Widerpruch; Glocke des Präsidiums.) Dieser Herr hat gesagt, wir verständen nicht das ABC der Verfassungsurkunde; wir verstehen das sehr wohl, so gut, wie Sie, wir bedauern aber, daß diese Herren niemals über das ABC hinauskommen. Der Abg. Waldeck hat nun seine Partei damit getrübt, daß das israelitische Volk 40 Jahre in der Wüste habe zubringen müssen. (Heiterkeit; Ruf links: Das ist ihm nicht eingefallen!) Die Frage ist nur: warum diese denn in der Wüste bleiben mußten? Ich will es Ihnen sagen, weil die betreffende Generation nichts taugte. (Große Unruhe links; Ruf: Sie sollten sich schämen.) M. H.! Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sich einschüchtern lassen. Der Abg. Waldeck nennt uns verkappte Absolutisten; er behauptet, daß wir die Grundsätze unserer Väter verlängerten. Der Hr. Abg. hat jedoch dabei wieder einen Fehler begangen, weil er die preussische Geschichte nicht kennt. Unsere Vorfahren, (ironischer Ruf: Vorfahren?) nun, meine politischen Vorfahren (Heiterkeit) konnten gewiß nicht vorsichtiger und angestlicher bei der Bewilligung neuer Steuern sein, als wir es gewesen sind. Ja, sogar während der sog. Landrathsämter haben wir neue Steuern verweigert, die wir für bedenklich und drückend hielten. (Ruf: Ja, für sich!) Allerdings trieben wir es nicht so weit, um die preussische Regierung matt zu setzen. Nun habe ich noch ein zweites Bedürfnis, nämlich mich eine Weile mit dem Abgeordneten Graf Bethusy-Huc zu beschäftigen, der meinen politischen Freunden näher steht. Daß das Pödel conservativer Gesinnungen, das er bei sich trägt, sehr klein ist, haben wir schon sehr lange gewußt. Er will also die Rolle des Vermittlers mit der Rolle des Mephistopheles verwechseln. Nun, heute hat er sich noch mit der Rolle des Faust begnügt, ist aber doch in einer Beziehung über diesen hinausgekommen; der Dr. Faust ist nämlich nicht so bewandert auf dem Gebiete der Kriegswissenschaften. Er sagt nun, daß er und seine Freunde auch innerhalb der conservativen Partei die wahren Volksrechte vertheidigten. Ich weiß nicht, ob er damit hat sagen wollen, daß wir die Rechte des Volkes zu zerstören gesonnen waren. Dann würde wohl sein Anspruch auf das Pödel nach einer gewissen Popularität auf Kosten einer andern Partei herauskommen. (Ruf: zur Sache!) Sollte dies seine Absicht gewesen sein, so weise ich dies mit dem Namen meiner Freunde mit aller Entschiedenheit und mit dem Bemerken zurück, daß wir uns dann höchstens so unterscheiden, daß Graf Bethusy-Huc die Rechte des Volkes in der Formulirung Dunder-Waldeck will, wozu wir uns freilich niemals verstehen werden. Auch wir wissen, was Volksrechte sind. Nicht jeder Reichstag repräsentirt die wahre Meinung des Volkes, (links: Sehr wahr!) die öffentliche Meinung kann auch gefälscht werden. (Links: Sehr wahr!) Wir wollen die Volksrechte nicht Preis geben, wir wollen aber auch nicht durch den willkürlichen Absolutismus der Majorität einer vorübergehenden Volksvertretung die Grundlage des Staates erschüttern und die Existenz des Vaterlandes in Frage stellen lassen. Wir wollen gerade einen wahren verfassungsmäßigen Zustand herstellen, wo kein Streit stattfindet an einem Abgrunde. Sie wollen aber nur eine Grenze ziehen nach der einen Seite hin; Sie wollen nur den Absolutismus der Regierung, nicht aber den der Volksvertretung beschränken. Das ist nicht der Schutz von Volksrechten, sondern Verrath an den Lebensbedürfnissen des Vaterlandes. (Beifall und heftiger Widerspruch.)

Abg. Wiggers (Berlin): Gegen die persönlichen Aeußerungen des letzten Redners will ich nicht erst antworten; ich will auch den Abg. Waldeck nicht in Schutz nehmen; denn bei einem solchen Angriff hört die parlamentarische Discussion auf. Redner erklärt sich alsdann gegen die Matrikularbeiträge und weist die Vorwürfe zurück, die man gegen die Linke immer erhebe, als wolle dieselbe die Armee nicht hinreichend dotiren zc., die Linke wolle gern Alles, was nöthig bewilligen, sie verlange aber eine constitutionelle Regierung und constitutionelle Garantien. Man weiß uns, schließt Redner, immer hin auf die drohende Kriegsgefahr, um uns zum Aufgeben unserer Rechte zu veranlassen. Besteht denn die Gefahr nicht ebenso für die Regierung und die conservative Partei? Weshalb wollen denn diese nichts nachgeben? Zu einer Zeit, wo man vom Volke Gut und Blut verlangt, ist es, denke ich, nicht an der Zeit, immer Mißtrauen gegen das Volk zu hegen; man gebe ihm die ihm gebührenden constitutionellen Freiheiten; es wird gewiß mit allen seinen Kräften für die Sicherheit des Landes eintreten; ohne das Budgetrecht ist aber die constitutionelle Freiheit nur ein Schein. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Graf Bethusy-Huc (persönlich): Das „Odi profanum vulgus et arceo“, welches der Abg. Wagener gegen uns gebracht hat, habe ich mir nicht erlaubt, gegen eine andere Partei zu richten. In dem ich erklärte, daß wir die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes wahren wollten, habe ich nicht daran gedacht, daß eine andere Partei dies nicht wolle. Ich danke übrigens dem Abg. Wagener dafür, daß er die Grenzen bezeichnet hat, die mich nicht von seiner Partei, sondern von ihm persönlich scheiden. Wenn er mir schließlich die Rolle des Faust vindicirt, nun so will ich den Versuch machen, diese Rolle ohne Wagner durchzuführen. (Heiterkeit.)

Abg. Wagener: Es ist mir nicht entfernt eingefallen, ein Wort gegen die Partei des Hrn. Vorredners zu richten, denn er hat keine; ich habe nur von der Partei gesprochen, zu deren Fraction er gehört, und was ich sagte, ging nur auf

hn persönlich, nicht auf seine Fraktionsgenossen. Uebrigens habe ich ihm meine Dienste noch niemals angetragen, und wir werden uns also wohl mit Bezug auf seine Schlussworte leicht auseinanderlegen.

Bei der Spezialdiskussion über Art. 67 verlangt Abg. Schulze das Wort, um einige persönliche Angriffe abzuwehren. Wenn ich die Wahl habe, erwidert er dem Abg. Wagener, so gehöre ich lieber zu denen, die beim ABC stehen bleiben, als zu denen, die nie bis zu ihm herangekommen sind. Und zum ABC des constitutionellen Lebens gehört das Budgetrecht, es ist ein Fundamentrecht, ohne dessen Besitz es garnicht verlohnt nach anderen Rechten zu streben. Von anderer Seite ist hier von denen gesprochen worden, die aus dem Mannefeld heraus die Kriegspolitik des v. 3. kritisiert haben. M. H.! Es giebt zweierlei Muth, den des Kriegers und den des Staatsmannes, und der Muth des Mannes, der der Gewalt gegenüber unter allen Umständen das Recht und seine Idee vertritt, ist noch zu allen Zeiten geschätzt worden. Es sitzen in dieser Versammlung Viele, die in diesem Kampfe in ihrer Existenz und Freiheit beschädigt worden sind und man sollte von ihrem Muth nicht geringer denken als von dem Soldaten (Beifall). — Abg. v. Gerber befürwortet das Friedenthalsche Amendement.

Bei der darauf folgenden Abstimmung werden die Amendements Erleben, Dunder abgelehnt, ebenso wird das oben erwähnte Unteramendement Vethusy-Huc zu Art. 65 abgelehnt. Nunmehr wird über die Miquel'schen Anträge abgestimmt und zwar wird Art. 65 (Alle Einnahmen und Ausgaben des Bundes müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Bundeshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird vor Beginn des Etatsjahres nach folgenden Grundsätzen durch ein Gesetz festgestellt) mit Stimmenzahl 145 gegen 122 Stimmen angenommen (dafür u. a. v. Sybel, v. Gruner, dagegen die Altliberalen, v. Gerber, v. Wächter, v. Koltschilb). Abgelehnt wird dagegen der Art. 66, welcher lautet: „Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Während der im Art. 58 normirten Uebergangszeit ist der nach Titeln geordnete Etat über die Ausgaben für das Bundesher dem Bundesrath und dem Reichstage nur zur Kenntnissnahme und zur Erinnerung vorzulegen. (Dagegen die Linke.) Mit großer Majorität werden Art. 67 und 68, die Miquel'schen Amendements, genehmigt; Art. 69 mit einer Seiterkeit erregenden Einstimmigkeit. Art. 67 lautet: Zur Deckung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Ueberschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange Bundessteuern nicht eingeführt sind, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt und demnach durch das Präsidium ausgeschrieben werden. Art. 68. Ueber die Verwendung aller Einnahmen des Bundes ist vom Präsidium dem Bundesrath und dem Reichstage zur Entlassung jährlich Rechnung zu legen. Art. 69. In Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses können im Wege der Bundesgesetzgebung die Aufnahme einer Anleihe, sowie die Uebernahme einer Garantie zu Lasten des Bundes erfolgen. Durch diese Abstimmungen gelten die Anträge Friedenthal, so wie die Regierungsverträge als abgelehnt.

Es folgt darauf die Berathung über den Abschnitt XIII. (Schlichtung von Streitigkeiten und Strafbestimmungen). Es sind zu diesem Abschnitt zahlreiche Amendements eingegangen. Abg. Reichenperger betont die Nothwendigkeit eines Bundesgerichts. Der Art. 70 sei bedenklich, da er die Verschärfung von Conflicten in Aussicht stelle, falls der Reichstag Partei für die beschwerdebeführende Landesvertretung nehme. Die Abgg. Schwarze und Wächter sprechen ebenfalls für ein Bundesgericht. Die Sitzung wird darauf bis 7 Uhr Abends vertagt. (Ueber die Abendigung s. die telegraphische Depesche oben.)

Politische Uebersicht.

Die gestrige Berliner Börse, am Anfange in besserer Stimmung, wurde durch die während der Boursezeit eintreffenden Depeschen über den wahrscheinlichen Eintritt von Drouyn de Lhuys in das französische Ministerium und die Hafer- und Weizenanläufe der französischen Regierung in Norddeutschland eine Zeit lang wieder sehr unruhig. Was die Weizen- und Haferanläufe in Norddeutschland betrifft, so wären diese allein kein Grund zur Beunruhigung, denn die würden hinreichende Erklärung finden in der schlechteren Ernte, die Frankreich im vorigen Jahre gehabt hat. Aber die Situation ist auch abgesehen davon immerhin noch ernst genug; denn die Thatsache, die wir bereits vor einigen Tagen meldeten, wird bestätigt: der Kaiser Napoleon beharrt dabei, von Preußen zu verlangen, daß es in den Verkauf Luxemburgs willige. Derartige Eröffnungen sind in diesen Tagen in Berlin gemacht worden; man behauptet, daß eine französische Note des Inhalts sich bereits in den Händen des Grafen Bismarck befinde. Die luxemburgische Frage wird allerdings zunächst Gegenstand einer diplomatischen Verhandlung der Großmächte werden und damit, wie die „Zeitung“ sagt, ihren brennenden Charakter für einige Zeit verlieren; aber es giebt Viele, welche der Meinung sind, daß Napoleon III. diesen Weg nur betreibe, um Zeit zu gewinnen.

Der preuß. Gesandte Hr. v. Werther hatte, wie die „N. fr. Pr.“ mittheilt, am 7. d. M. eine mehrstündige Besprechung mit dem Herrn v. Bunsen, der seine Abreise nach Prag verschoben hat. Man erzählt, die Mission des preuß. Diplomaten sei gewesen, das österreichische Cabinet hinsichtlich seiner Auffassung des Streites um Luxemburg zu sondiren. Die österreichische Regierung soll — so heißt es — im Einverständnis mit England eine diplomatische Intervention zu Gunsten der Erhaltung des Friedens vorbereiten.

Nach einer Wiener Depesche der „Schles. Bzg.“ von vorgestern Abends beantragt ein angeblich österreichisch-englischer Vermittelungsvorschlag (vorerst nur Entwurf) die Abtretung von Luxemburg an Belgien gegen eine französisch-belgische Grenzberichtigung.

Berlin. Die Stadtverordnetenversammlung hat jetzt beim Stadgericht die Regreßfrage gegen sämtliche Magistratsmitglieder wegen der bekannten Reisefürsorgebewilligung an die Herren Ritsch und Hennicke angestrengt.

* **Stettin, 9. April.** [Nachwahl.] Bei der gestrigen engeren Wahl stimmten 2465 Wähler für Hr. Consul Müller, 1732 Wähler für Hr. Priner-Smith. Hr. Consul Müller in Berlin ist also mit einer Majorität von 733 Stimmen gewählt. Abgegeben sind hiernach 4197 gültige Stimmen gegen 4052 Stimmen bei der Wahl am 29. März und 6396 Stimmen bei der Wahl am 12. Februar.

Danzig, den 10. April.
* [Stadtverordneten-Sitzung am 9. April]. Stellvertreter des Vorsitzenden Hr. R. Damm; Vertreter des Magistrats die Hrn. Labewig und Hirsch. Vor der Tagesordnung wird ein Antrag des Hrn. Dr. Lievin, dem letzten Protokolle den Namen des Antragstellers einer Immediat-Eingabe an S. M. den König beizufügen, mit großer Majorität abgelehnt. — Der eingegangene Final-Abschluß der Kammerei-Hauptkasse pro 1866 wird zur Einsicht ausgelegt werden. — Der Bericht der Gasanstalt ergibt einen Bestand am 1. April von 10,909 Stück Privatflammen und 929 Stück öffentlichen Flammen. — Dem Vorstand des St. Marien-Krankenhaus werden 43 Thlr. 26 Sgr. Realabgaben zu zahlen nachgelassen. — Eine Liste niederzuschlagender Wohnungssteuern wird dem Mitgliede der Wohnungsteuerdeputation Hrn. Güttners zur Prüfung überwiesen. — Nachbewilligt werden zu dem Etat pro 1866: 7 Thlr. 14 Sgr. Mehrausgaben für Gasbeleuchtung im Polizeigebäude; 298 Thlr. 6 Sgr. 2 Pf. für Mehrausgaben an Alimentationskosten für Polizeigeiseln; 611 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. zum Etat der Schulverwaltung; 100 Thlr. für Anschaffung von Utensilien für die Schule zu Niederer Seigen. — Verschiedene Verpachtungen werden genehmigt. — An Frau Minna Kloth und an Maurer Krause werden resp. 17 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. und 16 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. als Entschädigung für den Abbruch von Vorgebänden an deren Grundstücken bewilligt. — Die Berichte der Rechnungs-Revisions-Kommission 1) über die Spend- und Waisenhaus-Rechnung pro 1865; 2) über die Schulverwaltung-Rechnung; 3) über die Kinder- und Waisenhaus-Rechnung pro 1865; 4) über die Schul-Rechnung pro 1865, werden entgegengenommen; die Versammlung beschließt den Anträgen gemäß. — Die Versammlung tritt hierauf in Berathung über die Vorlage, betreff. die projectirte Verlegung des Halteplatzes für öffentliche Fuhrwerke in Jäschenthal. Herr Stadtverordneter Koblhoff, der bei dieser Sache interessiert ist, verliest (nach den Bestimmungen der Städte-Ordnung) die Versammlung. Herr Justizrath Breitenbach, als Referent des zur Prüfung dieser Angelegenheit niedergesetzten Ausschusses, recapitulirt den bereits von uns mitgetheilten Sachverhalt, die bisherigen Verhandlungen und die verschiedenen Motive des Magistrats, welche denselben bei der Empfehlung der qu. Vorlage leiteten. Der Ausschuss hat zunächst sich einer Erörterung des obwaltenden Rechtsverhältnisses unterzogen, demnach aber an Ort und Stelle die Frage über Zweckmäßigkeit der Offerte in Erwägung genommen. In der Schlussung, welcher der Herr Vorsteher der Stadt-Verf. und dessen Stellvertreter als stimmberechtigte Mitglieder beizuhören, gelangte der Ausschuss mit 5 gegen 2 Stimmen zu dem Resultate, der Versammlung die Ablehnung jener Vorlage zu empfehlen. Es wurde allseitig (auch von dem anwesenden Hrn. Syndicus) anerkannt, daß die Rechtslage für die Stadt eine nicht ungünstige sei. Es kam hierbei in Erwägung: 1) daß seit einem zur erwerbenden Verjährung mehr als hinreichenden Zeitraum, der Theil des Terrains, welchen Hr. Koblhoff zu acquiriren wünscht, ausschließlich zu öffentlichen Zwecken, namentlich zur Aufstellung der öffentlichen Fuhrwerke, gebient hat; 2) daß die Commune Danzig während dieses Zeitraums Bäume, welche auf diesem Terrain gestanden, fällen lassen und das Holz sich angeeignet, zeitweise auch den darauf abgelagerten Dünger entfernt hat; 3) daß Herr Koblhoff und dessen Vorbesitzer, abgesehen von einem, seit vorigem Jahre eingezäunten, einige Ruthen großen und mit Sträuchern beplanten Theile, auf dem fraglichen Terrain bisher keinerlei Besitzhandlungen angestellt haben; 4) daß es der Commune Danzig leicht werden würde, jedem Versuche einer eigenmächtigen Besitzergreifung Seitens des Hrn. Koblhoff thatsächlich und rechtlich entgegenzutreten. — Ueber die Frage dagegen, ob es zweckmäßig sei, im Wege des Vergleiches den offerirten Tausch anzunehmen, gingen die Ansichten der Ausschuss-Mitglieder auseinander. Die Minorität (2) machte dafür geltend: daß die Commune durch das ihr offerirte Grundstück eine um das Dreifache größere Fläche erhalte; daß die von Hrn. Koblhoff projectirte Gartenanlage zur Verschönerung geeignet wäre; daß, wenn auch die Besucher der am jetzigen Halteplatz belegenen öffentlichen Lokale bei der projectirten Verlegung an Bequemlichkeit einbüßten, doch eine gewisse Ausgleichung darin zu finden sei, daß dann die Besucher von Zinglershöhe den Halteplatz leichter erreichen könnten; daß die Commune durch das offerirte Grundstück nicht bloß einen Droschkenhalteplatz, sondern auch eine Verbindungsstraße vom Jäschenthal über Langefuhr, welche an Stelle der jetzt völlig unzureichenden Auffahrt nach Zinglershöhe treten sollte, kostenfrei gewinnen würde. Dagegen hob aber die Majorität der Ausschussmitglieder hervor: 1) die Abfahrt vom neu projectirten Halteplatz durchschneide die Fußgänger-Passage, längs der Straße von Jäschenthal nach Langefuhr, gerade an deren engstem Theile und bringe bei Volksfesten in Jäschenthal, namentlich zur Abendzeit, das Publikum in die augenscheinlichste Gefahr. 2) Der jetzige Halteplatz liege in der Mitte von Jäschenthal, etwa gleichweit vom Schröder'schen Etablissement auf dem äußersten westlichen und von Zinglershöhe dem äußersten östlichen Ende; eine Verlegung nach dem letzten Punkte müsse daher nothwendig die Bequemlichkeit der Mehrzahl der Besucher beeinträchtigen. 3) Der neue Bebauungsplan biete weder pro noch contra ein Argument für den projectirten Tausch, da die neuen Ansiedler sich der Droschken nicht bedienen würden, um nach Jäschenthal zu gelangen oder von da zurückzufahren. 4) Endlich aber, und hierauf sei das erhebliche Gewicht zu legen, dürfe die Commune nur aus zwingenden Gründen, niemals aber aus ästhetischen oder solchen Rücksichten, welche vorübergehenden Verkehrsverhältnissen Rechnung tragen, sich für berechtigt halten, sich eines innerhalb des Ortes belegenen öffentlichen Platzes zu entäußern, und dadurch nicht fern liegenden Bedürfnissen unserer Nachkommen zu präjudiciren. — Aus allen diesen Gründen empfiehlt, wie schon Eingangs erwähnt, der Ausschuss die Ablehnung der Vorlage. (Schluß folgt.)

* Gestern Abend gegen 8 Uhr fand in dem Hause Lawendgasse Nr. 3 ein unbedeutender Schornsteinbrand statt, dessen Beilegung der Feuerweh schnell gelang. — Heute Morgen bald nach 9 Uhr brach abermals und zwar in dem Baden des Grundstücks

Heil. Geistgasse Nr. 42 Feuer aus. Es hatte sich in Folge einer gefahrlichen Schornstein-Anlage die Einschubbede und Verhalingung der Ofen des Erdgeschosses entzündet und die Flamme bereits die in der Nähe befindliche Balkenlage ergriffen, als das Feuer bemerkt wurde. Die Feuerwehr löschte dasselbe unter Anwendung einer Spritze und Entfernung der gefährdeten Holztheile in kurzer Zeit, so daß der verursachte Schaden nur unbedeutend geblieben ist.

— Der Staatsanwalt Feige in Grätz ist in gleicher Eigenschaft nach Graudenz versetzt. (Dsd. 8.)

Stadt-Theater.

Die Opernvorstellungen folgen jetzt so schnell aufeinander, daß die Kritik Mühe hat, gleichen Schritt zu halten. Das letzte Ereigniß war Boieldieu's „Johann von Paris“, zum Benefiz für die Soubrette Fräul. Julie Koch gegeben. An musikalischem Werth steht diese Oper der „weißen Dame“ bedeutend nach. Für die harmonische Monotonie und Leere bietet die nur bescheidene Ausstattung an charakteristischer Melodie keinen genügenden Ersatz. Es ist Alles mit launiger Hand leicht und fließend zusammengefügt, aber die ganze Fassung ist nachgerade veraltet und vermag nur noch in einzelnen Momenten zu interessieren. Als ein Meisterstück grazioser Melodie und seiner Charakteristik gilt noch immer die Arie des Ober-Seneschalls, demnachst hat die Romanze des Troubadours, in ihrer volksthümlichen und melodisch reizenden Haltung bleibenden Werth. Aber der Partie der Prinzessin und des Johann von Paris, kann man kaum noch Geschmack abgewinnen. Die erstere ergeht sich in veraltetem Koloraturenwesen und der Held der Oper zeigt sich in allem Möglichen verschwenderisch, nur nicht in bedeutender, das Gemüth berührender Melodie. — Herr Emil Fischer gab ein ergötzliches Bild des blasirten, dübelvollen, in den Banden steifer Hof-Etikette befangenen Ober-Seneschalls. Solche Rolle ist mit bestem Erfolge zu spielen, wenn dem Träger derselben, wie in diesem Falle, ein bedeutendes Talent und die ausgebildete Bühnensicherheit zu Gebote steht. Die Ausführung der Arie bekundete in gleicher Weise Geschmack und Virtuosität. Zu einer derartigen Koloratur- und Trillerfertigkeit pflegen es Bassisten selten zu bringen. Es ist dazu sowohl eine glückliche Naturanlage, als auch ein beharrliches Studium erforderlich. Letzteres aber tritt leider immer mehr in den Hintergrund bei dem fränkischen Jagen stimmbegabter Sänger nach einer möglichst schnellen und brillanten Carrière. — Frau v. Emma's Hartmann (Prinzessin) gehört zu den Sängerinnen, welche durch vorzügliche Schule der Wirkung immer sicher sind, auch ohne großes Stimmmaterial. Hat diese Prinzessin von Navarra musikalisch auch nicht eben Bedeutendes zu sagen, so füllt man sich doch angenehm angeregt durch die Kunstfertigkeit und Feinheit, mit der Frau v. Emma diese bunten Gesangs-Arbeiten in Töne übersezt. — Herr Franke hätte dem Johann von Paris eine mehr elegante Haltung geben können, in Rücksicht auf die französische Thronfolge. Die Stimme klang recht frisch, aber einige Dämpfer in der Höhe und eine leichtere Beweglichkeit des Gesanges wären von Vortheil gewesen. — Die anmuthige Benefiziantin Fräul. Koch, welche im Laufe des Winters die stehenden Pagenrollen, bis auf den Dollar in dem rückständig gebliebenen „Maskenball“, zu allgemeiner Zufriedenheit durchgeführt hat, gab auch den ledigen Olivier sehr ansprechend durch Lebendigkeit und muntere Laune, dabei mit wohlthuender Decenz. Auch der frische, leichtfließende Gesang sprach für diesen weiblichen Pagen, der sich von dem sehr gefüllten Hause außerordentlich gefeiert sah. Die gespendete Blumenfülle war zu dem reichen Beifall für die talentvolle Benefiziantin gewiß eine herzerquickende Beigabe. — Fräul. Schmidt hatte mit dankenswerther Gefälligkeit die ganz untergeordnete Rolle der Lorezza übernommen. Nicht minder war auch Herr Eichberger als Wirth. (Schluß.)

Bermischtes.

Berlin. Die „Ref.“ schreibt: Bei der Gewohnheit der Berliner, Alles zu bewispeln, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie auch jetzt schon dem so furchtbar ernsthaften Conflict mit Frankreich eine komische Seite abzugewinnen suchen, und auch Graf Bismarck darf sich nicht darüber entfalten, wenn man ihm flüchtige Worte in den Mund legt, die er schwerlich gesprochen hat. Man erzählt im Styl der Hofstadt-Theater-Couplets, Graf Bismarck sei gefragt worden, was Preußen thun werde, wenn Frankreich durchaus nicht der Stimme der gesunden Vernunft Gehör gebe. — „O, dann spielen wir eine Partie 66 mit ihm“.

Danzig, den 10. April. Bahnpreise.
Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, bunt und hellbunt 120/23 — 125/27 — 128/129 1/2 von 78/85/90 — 92/95 — 96/97 1/2 Sgr.; gesund, gut bunt und hellbunt 126/28 — 129/30 — 131/132 1/2 von 98/100 — 102/104 — 105/107 Sgr. 85 1/2.
Roggen 120 — 122 — 124 1/2 von 62 1/2 — 64 — 65 Sgr. 81 1/2.
Erbsen 57/60 — 62/64 Sgr. 90 1/2.
Gerste, kleine 98/100 — 103/4 — 105/6 — 108 1/2 von 46/47 — 48/50 — 51/52 — 53 1/2 Sgr., große 105/108 — 110/112 — 115 1/2 von 51/52 — 53/54 — 55 Sgr.
Hafer 30 — 32 Sgr. 50 1/2.
Spiritus nichts gehandelt.

Getreide. Börse. Wetter: trübe, feuchte und kalte Luft. Wind: NW.

Unser Weizenmarkt zeigte heute ziemlich allgemeine Kaufslust, man kaufte beim Beginne rasch und zahlte in manchen Fällen auch theurer als gestern, doch war der Schluß des Marktes ruhiger, wenn auch zu vollen gestrigen Preisen. Umsatz 500 Lasten. Bezahlt für bunt 120 1/2 Sgr. 525, Sgr. 550, 121 1/2 Sgr. 565, 124, 125 1/2 Sgr. 580, Sgr. 590, Sgr. 595, gut bunt 125 1/2 Sgr. 602 1/2, hellbunt 125, 126, 127 1/2 Sgr. 600, Sgr. 610, Sgr. 615, Sgr. 620, Sgr. 630, Sgr. 635, hochbunt 127 1/2 Sgr. 640, 131 1/2 Sgr. 657 Sgr. 5100 1/2. — Roggen fest, 124, 125 1/2 Sgr. 390 Sgr. 4910 1/2; Umsatz 17 Lasten. Gestern sind 25 Lasten auf Mai-Juni-Lieferung zu Sgr. 360 Sgr. 4910 1/2 gekauft. — Hafer Sgr. 216 Sgr. 3000 1/2. — Spiritus gestern noch zu 16 1/2 Sgr. gekauft, heute nicht gehandelt.

Vorsendeversuche der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. April.		Aufgegeben 2 Uhr 26 Min.	
Korrespondent.		Korrespondent.	
Roggen höher,	56 1/2	Oktr. 3 1/2 % Pfandbr.	77 1/2
loco	56 1/2	Westph. 3 1/2 % do.	74 1/2
Frühjahr	56 1/2	do. 4 % do.	—
Gerbst	52 1/2	Rombard	98
Subst. April	10 1/2	Deftr. National-Anl.	50 1/2
Subst. April	16 1/2	Russ. Banknoten . . .	78 1/2
5 % Pr. Anleihe	100	Danzig. Priv.-B.-Anl.	112
do.	96	6 % Amerikaner . . .	76 1/2
Staatsanleihe	80	Wachseleure London	6.22 1/2

Fondsbörse: Schluß matt.
Verantwortlicher Redacteur: S. Nidert in Danzig.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Johanna mit dem Hofbesitzer Herrn Ed. Saagen zu Lunau beehren wir uns hiermit ergebenst zu melden. (417)

Rohling, den 9. April 1867.
J. Mesek und Frau.
Sanft entschlief heute Morgen 8 Uhr an Altersschwäche, im Alter von 75 Jahren 3 Monaten und im 49. Jahre einer glücklichen Ehe unser geliebter Gatte, Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der Königl. Lieutenant und Rechnungsrath
Carl Friedrich Ludwig Leopold,
Ritter v.
Um stille Theilnahme bittend, widmen diese Anzeige Freunden und Bekannten
die Hinterbliebenen.
(426)
Danzig, den 10. April 1867.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Pius v. Arnold ist durch Accord beendet.
Danzig, den 8. April 1867.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.
(401)
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.
Das erbbauliche Liquidationsverfahren über den Nachlaß des Schuhmachermeisters Heinrich Mueckenheim hieselbst ist beendet.
Conig, den 19. März 1867.

Königl. Kreisgericht.
(375)
I. Abtheilung.
Danziger Credit- u. Spar-Bank.

In der am 30. v. M. abgehaltenen General-Versammlung ist die Erhöhung des Actien-Capitals über den Betrag von 60,000 R. hinaus beschlossen worden, und werden in Folge dessen Actien-Bezeichnungen bis zum Betrage von 100,000 R. unter den bei der ersten Zeichnung normirten Bedingungen und einer Zahlung von 50 R. pro Actie in unserm Geschäftstotal angenommen.

Aus dem Ueberschusse der Activa über die Passiva konnte pro 1865 eine Dividende von 6½%, und pro 1866 von 7½% gezahlt, und außerdem der Reservefonds auf 308 R. erhöht werden. Jede gewünschte Auskunft wird gern ertheilt.
Danzig, den 8. April 1867.
(410)

Bilanz der Danziger Credit- und Spar-Bank
am 31. December 1866.

Activa:
Wechsel-, Lombard- und sonstige Forderungen 102,817 R. 2 Gr. 8 A
Bestand an Staats-Papieren 11,837 " 25 " 6 "
Inventarium nach Abschreibung von 20% 803 " 24 " 2 "
Kassenbestand 12,976 " 25 " — "
128,435 R. 18 Gr. 4 A

Passiva:
Actien-Capital 60,000 R. — Gr. — A
Depositen 64,483 " — " — "
Nicht abgehobene Depositen-Zinsen 387 " 26 " 10 "
Reservefonds 308 " 22 " — "
Guthaben der Actionaire und des persönlich haftenden Gesellschafters 3255 " 29 " 6 "
128,435 R. 18 Gr. 4 A

Danzig, den 30. März 1867.
Danziger Credit- und Spar-Bank.
Für den Aufsichtsrath:
Blum, Justizrath. Strauß, Stadtrath.
Die Verwaltung:
Kempf.
(410)

So eben erschienen die zwei ersten Bändchen der im Verlage von F. A. Brockhaus in Leipzig von Friedrich Bodenstedt herausgegebenen

neuen Uebersetzung von
Shakespeare's dramatischen Werken.
1. Bändchen. Othello. Uebersetzt von Friedrich Bodenstedt.
2. Bändchen. König Johann. Uebersetzt von Otto Gildemeister.

Außer den Genannten wirken an dem Unternehmen noch mit: Nicolaus Delius, Ferdinand Freiligrath, Paul Heyse, Hermann Kurz, Adolf Wilbrandt u. a. Jedes Bändchen enthält ein vollständiges Drama nebst Einleitung und Anmerkungen.

Prospecte über die Sammlung und die zwei ersten Bändchen sind in der unterzeichneten Buchhandlung vorrätig.
Preis jedes Bändchens nur 5 Mgr.
Danzig.
L. Sannier'sche Buchhandlung,
A. Scheinert, Langgasse 20.

Auction.

Donnerstag, den 15. d. M., werde ich am Strande bei Hela sämtliche von dem gestrandeten Schiffe „Ganger Wolf“ geborgenen Inventarium-Stücke, nämlich: Anker, Ketten, Segel, Zaumwerk etc. etc., so wie auch das Schiffswrack meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen, wozu Kaufliebhaber hiermit ergebenst einladet
(399)

W. Ristner.
In Vertretung des Strandinspectors
Husen.

Zucker in Broden und ausgewogen, Farine und Streuzucker, rein-schmeckende Kaffees, Dampfcaffees und Thees in allen gangbaren Arten hält zu billigen Preisen empfohlen die Handlung von
Bernhard Braune.
(9297)

Musikalische Abend-Unterhaltung
im
Artushofe,
Sonabend, den 13. April er.,
unter gefälliger Mitwirkung des Fräulein v. Maunz, u. der Herren Hoffmann, Kammerer, Riebert, Paris und Stöckhardt zum Besten der
Victoria-National-Invaliden-Stiftung.
1) Streich-Quartett (D-dur Cap. 17), Haydn.
2) Scene und Arie aus dem Freischütz, Weber.
3) Variations concertantes für Pianof. u. Cello (D-dur op. 17), Mendelssohn.
4) Riebert-Vortrag:
a) Der Lindenbaum, Schubert.
b) Reiterlied, Mendelssohn.
5) (auf Verlangen) Clavier-Quartett (Es-dur op. 47) Schumann.
(412)
Anfang 7 Uhr,
Billets à 20 Sgr. sind in der Weber'schen Buchhandlung zu haben;
an der Abendkasse à 1 Thlr.

Lilonaise
vom Ministerium concessionirt, die Wirkung binnen 14 Tagen garantirt die Fabrik reinigt die Haut von Leberflecken, Sommersprossen, Pockenflecken, vertreibt den gelben Teint und die Rötthe der Nase, sicheres Mittel für Flechten und scrofulöse Unreinheiten der Haut, à Fl. 1 R.
Orientalisches Enthaarungsmittel zur Entfernung zu tief gewachsener Scheitelhaare und der bei Damen oft vorkommenden Bartspuren binnen 15 Minuten à Fl. 25 Gr.
Bart-Erzugungs-Pomade à Dose 1 R. Binnen 6 Monaten erzeugt dieselbe einen vollen Bart schon bei jungen Leuten von sechzehn Jahren. Auch wird dieselbe zum Kopfhairwuchs angewandt.
Chinesisches Haarfärbemittel à Fl. 25 Gr. färbt sofort ächt in Blond, Braun und Schwarz. Erfinder Rötthe & Comp. in Berlin.
Die alleinige Niederlage für Danzig und Provinz bei
Albert Neumann, Langenmarkt 38,
Ecke der Kürschnergasse,
Parfümerie- und Seifenhandlung.
(414)

Höchst wichtige Blutegel-Offerte aus London.
Mr. J. Lewison, London, 25 Wilsonstreet, Finsbury Squ., City, versendet nach allen Theilen Europas beste, frische und gesunde Blutegel,
grosse grüne mit 16 Thlr. pr. 1000
" graue " 20 " pr. 1000.
Bei Entnahme von 5000 und darüber billiger.
(398)

An die sämtlichen landwirthschaftlichen Vereine und Lehranstalten Deutschlands.

Der Civil-Ingenieur Herr Fegebeutel aus Danzig wird im Monat Juli d. J. einen vierwöchentlichen praktischen Lehrcursus in Berlin veranstalten, dessen Hauptgegenstand die Belehrung von Landwirthen und Lehrern der Landwirthschaft zur Aufnahme und Kartirung von Fluren in agronomisch-geognostischer Hinsicht sein wird.
Gleichzeitig wird die Anleitung gegeben werden zur Auffindung der Lehmmergelschicht, sowie anderer für den praktischen Ackerbau nutzbarer Ablagerungen.
An diesem Unterricht wird sich event: Herr Major v. Bennigsen-Förder, welcher sich bekanntlich die hervorragendsten Verdienste um die Wissenschaft der Bodenkunde erworben hat, mitbetheiligen.
Das unterzeichnete Directorium des Clubs hält es für seine Pflicht, die landwirthschaftlichen Vereine zu ersuchen, in ihrem Kreise dahin wirken zu wollen, dass sich recht viele Landwirthe und Lehrer an landwirthschaftlichen Unterrichtsanstalten an diesem für die landwirthschaftliche Wissenschaft und Praxis bedeutungsvollen Unterricht theilnehmen.
Der Beginn des Unterrichts und die näheren Specialitäten werden s. Zeit durch Herrn Civil-Ingenieur Fegebeutel noch veröffentlicht werden. Anmeldungen zur Theilnahme wollen man dem Club-Vorstand zugehen lassen.
Berlin, März 1867.
Das Directorium des Clubs der Landwirthe (Hotel de Rome),
Mentzel. Possart. Thaer.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES
SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS
Keine grauen Haare mehr!
MELANOGENE
von Diequemare sein Rouen
Fabrik in Rouen, r. St-Nicolas, 30
Um augenblicklich Haar und Bart in allen Rängen, ohne Gefahr für die Haut zu färben. — Dieses Farbmittel ist das Beste aller bisher da gewesenen.
General-Depot bei Fr. Wolff & Sohn,
Postleferant in Carlsruhe.
Depot für Danzig bei Albert Neumann,
Langenmarkt 38.
(415)

Mein Material-Geschäft ist an den Sonntagen von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends und an den Feiertagen von 9 Uhr Morgens ab ganz geschlossen.
(431)
Riesenburg, Decbr. 1866.
Wilh. Loewen Wwe.

Mein großes Lager von Ausschuss-Porzellan ist wieder in allen Artikeln vollständig sortirt. Die Preise dafür habe ich so billig gestellt, daß ich jeder Concurrenz beugehen kann, als Tassen von 1½ Lys und große Teller von 2½ Lys ab.
(427)
Wilh. Sanio, Holzmart.

Franz Evers,
Comtoir, Frauengasse 45,
empfiehlt sein Commissionslager abgelagerter Cigarren aus dem General-Depot der vereinigten Hamburger Cigarren-Importeure und Fabrikanten, zu festen Fabrikpreisen, darunter die hier beliebte, sogenannte Havana-Ausschuss-Cigarre, sortirt à 15½ R. pro Mille.
(432)

Von 3 Proben verschiedner Nummern ist die Hälfte abzulassen. Näheres: Langenmarkt 31.

Im
Saale des Deutschen Hauses,
Holzmart 12,
findet ein großer Ausverkauf von
echtem Porzellan
zu auffallend billigen Preisen statt.
Mein Aufenthalt hier währt nur eine kurze Zeit.
(416)

D. Bukofzer.
Petroleum in Partien und Fässern zu haben bei
M. F. Hebler,
(423)
Langgasse 50.

Starke Bierflaschen, alle Sorten Sauregläser, Theebretter, Köffel, Messer u. Gabel etc. empfiehlt
W. Sanio.
(428)

Es ist eine in vollem Betriebe stehende Eisengießerei und Maschinenfabrik mit vollständigen Inventarium und 60 bis 70 Arbeiter beschäftigt werden, in einer Kreis-Stadt gelegen, sofort für 15,000 Thlr., bei 5000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen; auch kann dieselbe verpachtet werden. Alles Nähere bei F. A. Deschner, Heiligegeistgasse No. 92.
(404)

In Groß-Balachowo bei Br. Stargard stehen 75 fette Hammel zum Verkauf.
(402)

Zwei frischmischende Kühe hat zu verkaufen
Klinge in Patschau.
Ein fast neuer pistorisch r. Colonnen-Dehtillir-apparat von ca. 12—1300 Quart mit Kohlen-cylinder, Boden und kupfernem Kühler ist billig zu verkaufen. Näheres: bei Gebr. Jochem, Hundegasse No. 55.
(296)

Ein Tapissier- und Kurzwaarengeschäft ist Umstände halber gegen Baarzahlung sofort zu verk. Abz. in d. Exp. d. Btg. unter 411.
Ich suche einen Lehrling für mein Comtoir
Franz Evers,
Frauengasse 45.
(433)

Ein anständig möblirtes Zimmer nebst Cabinet, ist zu vermieten, Breitgasse 86.

Im Weichhoff bei Rangefuhr ist gutes Borben und Stroh zu verkaufen.
(359)

150 Mast-Hammel stehen zum Verkauf in Schwarzau bei Frankenselbe.
(397)

Ueber verkäufliche Güter
in jeder Größe wie in jeder Provinz giebt Auskunft Alb. Nob. Jacobi, Danzig, Breitg. 59.
(406)

Weide-Vieh.
Anmeldungen zur Aufnahme von Weide-Vieh in den Osterwider Wiesen nimmt entgegen das Schulzen-Amt zu Sothenstein.
Reflectanten auf Lieferung von gesundem Buchenholz, 6 bis 12 Zoll □ stark, von 8 Fuß und darüber lang, werden ersucht, die Angabe der Quantität und billigen Preise unter No. 166 an die Expedition d. Btg. zu senden.

15,000 Thaler
sollen auf ländliche Niederung, sowie Höhenbesitzung, zur ersten Stelle getheilt oder im Ganzen begeben werden. Das Nähere bei F. A. Deschner, Heiligegeistgasse No. 92.
(405)

Pensionäre finden freundliche und billige Aufnahme
Langgarten, St. Barbara-Kirchhof 8.

Mein Gefinde-Vermietungs-Bureau
verlege ich mit dem 8. d. M. nach dem 1. Damm 21 parterre und empfehle mich den hochgeehrten Herrschaften Danzigs und der Umgegend mit gutem Gefinde aus anständigen Häusern. Ebenso kann sich gutes Gefinde bei mir melden.
(419)

Berwittwete Polizeisekretair Schalla.
Eine erfahrene Erzieherin, gepr. Lehrerin, welche in allen Schulwissenschaften, Musik und Franz., auch in d. Anfangsgr. d. Latein, gründlich unterrichtet, sucht eine Stelle u. erb. gut. Abz. unter E. L. Bromberg, Posner Str. 330.
(396)
Eine geprüfte Erzieherin wird zum 1. Mai d. J. für 2 Mädchen gesucht. Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter No. 407.

Für einen jungen Mann, der die Landwirthschaft erlernt hat, wird eine Stelle als Wirthschafter auf einem kleinen Gute gesucht.
Demselben kommt es weniger auf Gehalt an, als auf eine gute Behandlung.
Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter No. 305.

Ein junger Mann wird als Reisender für ein Waaren- und Commissions-Geschäft für die Stadt und Provinz verlangt. Derselbe muß bereits in dieser Branche Erfahrungen haben und in der Provinz bekannt sein. Abz. mit Gehalts-Forderungen und Angabe früherer Stellung unter No. 409 in der Exped. dies. Zeitung.
(409)

Turn- und Sport-Verein.
Die activen Mitglieder werden ersucht, sich Donnerstag, den 11. und Montag, den 15. d. M. recht pünktlich und zahlreich zur Turnstunde einzufinden.
(389)

Der Vorstand.
Symphonie-Concert
im Schützenhause.

Donnerstag, den 11. April, Symphonie-Concert, ausgeführt von der Kapelle des 3. Oitpr. Grenadier-Regts. No. 4. Programm: Krönungs-Marsch von Meyerbeer. Aufforderung zum Tanz von C. M. v. Weber. Ouv. Tannhäuser von Wagner. Ouv. Leonore (No. 3) von Beethoven. Fantasia, die Träumereien aus der Kinderwelt von Schumann. Concert-Ouv. C-moll von Buchholz. Symphonie A-dur von Beethoven. Der Ertrag des Concertes ist als Beitrag zur Gründung einer christlichen Herberge in Danzig bestimmt. Billets zum Saal à 10 Gr., zu den Logen à 15 Gr., sind bei den Herren Grenenberg, Habermann, Eisenbauer, sowie Abends an der Kasse zu haben. Anfang 7 Uhr.
A. Buchholz,
Musikmeister im 3. Oitpr. Grenadier-Regt. No. 4.

Das vorstehend angekündigte Concert der Buchholz'schen Kapelle bedarf seiner bereits anerkannt tüchtigen Leistungen wegen einer Empfehlung nicht; um des guten Zweckes willen aber, der dadurch eine erwünschte Förderung erfahren würde, erlaubt sich der Unterzeichnete das Concert am 11. April zu reger Theilnahme auf's Wärmste zu empfehlen.

Steinwender,
Divisionsprediger.

Selonke's Etablissement.
Donnerstag, den 11. April: Große Vorstellung und Concert. Auf Verlangen: Mazurka (Frl. Schulz, Hr. Rinda). Pas de trois Sylphide (Geschwister Umlauf, Frl. Schulz). Zigeunertanz (Geschw. Umlauf, Hr. Rinda). Zum Schluß: Preziosa, oder das Zigeunermädchen, kom. Pantomime.

Danziger Stadttheater.
Donnerstag, den 11. April. (Abonnem. susp.) Einmaliges Gastspiel der Mad. Stella, erste Charaktertänzerin von der großen Oper zu Moskau und vorlestes Gastspiel des Herrn Alexander Köckert. Die Frau im Hause. Lustspiel in 3 Acten von A. F. Nachter: Ein Bräutigam, der seine eigene Braut verheirathet. Lustspiel in 1 Act.

Der Verkauf, der zum Besten der lichen Herberge in Danzig eingegangenen Gaben, findet morgen, Donnerstag und übermorgen, Freitag in den Stunden von 10 bis 5 Uhr, in dem obern Saale der Concordia statt.
Auch während den Tagen des Verkaufes werden Gaben aller Art mit Dank angenommen.
Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Berlin. Der „Dresd. Bzg.“ wird von hier geschrieben: „General v. Moltke sagte dieser Tage im Kreise seiner Reichstagsfreunde: „Ich habe mir zum Angriffskrieg gegen Frankreich drei Viertel der Chancen für uns; künftiges Jahr voraussichtlich weniger als die Hälfte.“ Mit diesem authentischen Ausspruch des berühmten Generals ist gleichzeitig die Stimmung charakterisiert, welche in unseren Offizierskreisen herrschend ist. Man kennt hier genau die Kriegsvorbereitungen, welche in Frankreich getroffen werden und weiß, daß bis zum nächsten Herbst die französische Armee mit Geschützgewehren bewaffnet sein wird. Aber das Exercitium mit dieser Waffe erfordert einen weiteren Zeitraum und aus diesen, so wie aus mehreren anderen Gründen wird in militärischen Kreisen angenommen, daß Louis Napoleon mit der Luxemburger Frage wohl erst im nächsten Winter oder Frühjahr die kriegerische Arena betreten werde.“

— In Bezug auf den Vermittelungs-Gewerbebetrieb der Kaufleute hat das Obertribunal kürzlich einen praktisch wichtigen Rechtsgrundsatz angenommen. Ein Kaufmann verschaffe mehreren Personen auf Wechsel Darlehen und erhielt dafür erhebliche Belohnungen. Eine Agentenconcession befand sich nicht. Er wurde deshalb wegen Gewerbe-Polizeiconvention angeklagt, weil er aus der Vermittelung von Geschäften resp. der Uebernahme von Aufträgen ein Gewerbe gemacht habe, ohne die polizeiliche Genehmigung zu haben. Der erste Richter verurtheilte ihn, das Appellationsgericht aber sprach ihn frei, indem es ausführte, der Angeklagte sei „Kaufmann“ und bedürfe als solcher zur Vermittelung von Handelsgeschäften, insbesondere auch zu den Geschäften des Commissionärs, einer polizeilichen Concession nicht. Hiergegen legte die Oberstaatsanwaltschaft mit Genehmigung des Justizministers die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Das Obertribunal vernichtete darauf das zweite Erkenntnis und stellte das erste, verurtheilende wieder her, folgendes als Rechtsatz annehmend: „Ein Kaufmann, welcher aus der Vermittelung von andern als Handelsgeschäften für dritte Personen ein Gewerbe macht, bedarf dazu der polizeilichen Erlaubnis, dagegen kann ein Kaufmann Handelsgeschäfte für andere vermitteln und abschließen, ohne dazu einer Concession zu bedürfen.“ Die im vorliegenden Falle festgestellten Geschäfte des Angeklagten seien als Handelsgeschäfte anzusehen. Wenn der Reurtheilte annehme, daß der Angeklagte Geschäfte eines Commissionärs ausgeführt habe, so sei dies falsch; die Geschäfte eines Commissionärs setzen voraus, daß das Geschäft von dem Commissionär in eigenem Namen, jedoch für Rechnung seines Committenten mit einem andern abgeschlossen ist.

Frankreich. Paris, 7. April. Die Sprache der „France“ ist heute ruhiger als in den letzten Tagen, aber um so drohender. Die „Liberté“ bezeichnet die Situation mit den Worten: „Alle Welt sieht, daß Frankreich vor einer Krise steht und bei einer schweren Krise steht, indeß der „Moniteur“ schwärzt auch diesen Morgen, und dieses systematische Schweigen geht so weit, daß er sogar im Bericht über das englische Parlament alles, was die Streitfrage berührt, ausläßt. Dieses Schweigen sagt Alles, es beweist, daß die Verurtheilungen des Publikums vollkommen gerechtfertigt sind. Auf dem Punkte, wo die Angelegenheiten naumehr angelangt sind, am Vorabend vielleicht eines Krieges mit Preußen aber ist es notwendig, daß diese Frage klar gestellt werde.“ Die „Liberté“ entwickelt hierauf, daß, wenn Preußen Luxemburg räume, so bedeuete das „vielleicht (!!) den Frieden, wenigstens für einige Zeit“, wenn es in Luxemburg bleiben zu wollen erkläre, so sei dies „der Krieg auf der Stelle oder eine Beleidigung, wie Frankreich sie nicht hinzunehmen gewohnt sei.“ Die „Liberté“ meldet ferner, daß Preußen gestern von Frankreich zwar kein Ultimatum erhalten habe, aber eine Note, worin Frankreich erkläre, es könne nicht länger die Besetzung von Luxemburg durch Preußen dulden.

— Eine officiële, Boniface gezeichnete Note des „Constitutionnel“ meldet, daß die Privat-Industrie zu den Arbeiten der Arsenale herangezogen werden solle. Wäre man bereit, so brauchte man zu solchen Mitteln, die Rüstungen zu beschleunigen, nicht seine Zuflucht zu nehmen. Frankreich will jetzt erst ruhen, und wird es in gewaltiger Weise thun. Eine nach Alger gesandte Depesche ruft nicht den Herzog von Magenta, wohl aber mehrere dort garnisirende Regimenter zurück.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Hamburg, 9. April. Getreidemarkt. Weizen loco sehr begehrt, 3 R höher, auf Termine wesentlich höher, 7 R April 5400 Pfund netto 158 Bancohalter Br., 157 Gd., 7 R Frühl. 156 Br., 155 1/2 Gd. Roggen loco sehr fest, 7 R April 5000 Pfd. Brutto 95 Br., 93 Gd., 7 R Frühl. 93 Br., 92 1/2 Gd. Hafer fest. Del geschäftslos, loco 24 1/2 R, 7 R Mai 24 1/2 R, 7 R Oct. 25 1/2 R. Spiritus sehr still, zu 23 1/2 R angeboten. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Regen.

Amsterdam, 9. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen 3 R höher. Rüböl 7 R Mai 36 1/2 R, 7 R Oct. 38 1/2 R.

Liverpool, 9. April. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: Umsatz circa 10,000 Ballen, bessere Stimmung, Preise

um 1/4 d höher als die gestrigen niedrigsten Preise. Notirungen unverändert.
Unterwerpen, 9. April. Petroleum, raff. Type, weiß, 47 Fied. 7 R 100 Ko.

Producten-Märkte.

Elbing, 9. April. (R. G. A.) Weizen hochbunt, etwas krank, besetzt 125 R 95 R, roth besetzt 122/123 R 87 R — Roggen ohne Zufuhr, letzter Preis 120—121 R 56 1/2 R — Gerste ohne Zufuhr. — Hafer letzter Preis 66—75 R 30 1/2 R — 31 R 50 Rollsp. — Erbsen weiße Koch- 58—62 R 7 R Schf., weiße Futter- 50—55 R — Wicken 48—56 R — Kleesaat, weiß 15—24 R 7 R, grün 21—34 R 7 R — Thymothium 10—11 R 7 R — Spiritus bei Partie 16 1/2 R.

Königsberg, 9. April. (R. G. B.) Weizen hochbunter 125 R 100 R bez., bunter 119 R 82 R bez., rother 125 R 97 1/2 R bez., 127/128 R 100 R bez. — Roggen 7 R 80 R 54/60 R Br., 7 R 80 R 7 R April 59 1/2 R Br., 58 1/2 R Gd., 7 R Frühl. 59 1/2 R Br., 58 1/2 R Gd., 7 R Mai 59 1/2 R Br., 58 1/2 R Gd. — Gerste 7 R 70 R große 43/50 R Br., kleine 43/50 R Br., 45 R 7 R große bez. — Hafer 7 R 50 R 22/33 R Br., 7 R Frühl. 33 R Br., 32 R Gd. — Erbsen 7 R 90 R weiße 55/66 R Br., grüne 60/88 R Br., grüne 55/66 R Br., 59/60/61 R Br. bez. — Bohnen 7 R 90 R 55/70 R Br. — Wicken 7 R 90 R 50/60 R Br. — Leinsaat 7 R 70 R fein 85/95 R Br., mittel 65/85 R Br., ordinaire 55/60 R Br. — Kleesaat, rothe 14/22 R Br., weiße 14/26 R Br. — Thymothium 8/11 R 7 R Br., 10 1/2 R, 16 1/2 R und 11 1/2 R bez. — Leinöl ohne Faß 13 1/2 R 7 R Br. — Rübsöl ohne Faß 11 R 7 R Br. — Leinluch 63/70 R 7 R Br. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/2 R Br., 16 1/2 R Gd., 7 R Frühl. ohne Faß 17 1/2 R Br.

Stettin, 9. April. Weizen loco 7 R 85 R gelber und weißbunter 85—91 R, geringer 75—84 R, 83/85 R gelber 7 R Frühl. 87 1/2 R bez., 86 1/2 R bez., 7 R u. Gd. — Roggen 7 R 2000 R loco 54—56 1/2 R, 7 R Frühl. 54 R bez. u. Gd. — Gerste ohne Umsatz. — Hafer loco 7 R 50 R 30—30 1/2 R, 47/50 R 7 R Frühl. 31 R Br., 30 1/2 R Gd. — Erbsen loco Futter- 52—54 R — Rübsöl loco 11 R Br., April 10 1/2 R bez., Gd. u. Br. — Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 R, 1/2 R bez., mit und ohne Faß im Verande 16 1/2 R bez., Frühl. 16 1/2 R, 1/2 R bez. — Leinsamen, Rigaer 12 1/2 R, 1/2 R bez., Bernauer 14 R bez. — Baumöl, Malaga in kleinen Gebinden 20 1/2 R tr. bez.

Berlin, 9. April. Weizen 7 R 2100 R loco 70—88 R nach Qual., hochbunt poln. 85 R, weißbunt do. 83 R bez., schwimm. 83/84 R weißbunt poln. 84 R bez., 7 R 2000 R April 79 1/2 R — 80 R bez., 1/2 R Br. — Roggen loco 7 R 2000 R 56—57 R nach Qual. bez., fein. 57 1/2 R bez., Frühl. 55 1/2 R — 1/2 R vert. u. Br., 55 R Gd. — Gerste loco 7 R 1750 R 43—52 R nach Qual. — Hafer loco 7 R 1200 R 27—30 R nach Qual. — Erbsen 7 R 2250 R Kochwaare 52—66 R nach Qual., Futterwaare do. — Rübsöl loco 7 R 106 R ohne Faß 10 1/2 R Br. — Leinöl loco 13 1/2 R Br. — Spiritus 7 R 8000 R loco ohne Faß 17—16 1/2 R bez. Mehl Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2 R — 5 1/2 R, Nr. 0. n. 1. 5 1/2 R — 4 1/2 R, Steigermehl Nr. 0. 4 1/2 R — 1/2 R, Nr. 0. n. 1. 4 1/2 R — 3 1/2 R bez. 7 R, unverfeinert.

Breslau, 9. April. Rothe Kleesaat in feiner Waare behauptet, untergeordnete Sorten schwer veräußlich, alte 12—16 1/2 R, neue 15 1/2 R — 18—18 1/2 R; weiße Saat ohne Frage, ord. 15—20 R, mittel 21—24 R, feine 25 1/2 R — 27 R, hochfeine 28—28 1/2 R — Thymothie stille, 10 1/2 R — 12 1/2 R.

Vieh.

Berlin, 7. April. (B. u. G. B.) An Schlachtvieh waren auf den Markt zum Verkauf angetrieben: 1601 Stück Hornvieh. Zutritten um ca. 300 Rinder schwächer. Der Export nach England und Hamburg war nur von geringem Umfang; aus der Rheinprovinz besuchten mehrere Käufer den Markt, welche ca. 300 Ochsen verkauften; Prima-Waare war am Markte mehr vertreten, als das Bedürfnis erforderte, mehr Begehr zeigte sich für Mittelwaare; erste Qualität wurde mit 16—17 R, zweite mit 13—14 R, und dritte mit 9—10 R 7 R 100 R Fleischgewicht bezahlt. — 2860 Stück Schweine. Auch die Zufuhr der Schweine stellte sich um ca. 200 Stück geringer; das Verkaufsgeschäft hatte einen mittelmäßigen Verlauf, da Exportgeschäfte nicht unternommen wurden; der Markt wurde jedoch von der Waare geräumt; feinste Waare galt 16—17 R, und ordinaire 12—13 R, 7 R 100 R Fleischgewicht — 4101 Stück Schafvieh. Die Preise drückten sich wegen des matten Verkehrs. 50 R Fleischgewicht schwerster fetter Waare mit Wollle erzielten den Preis von 8—8 1/2 R, und ohne Wollle 6—6 1/2 R — 663 Stück Kälber hatten heute bei lebhaftem Handel bessere Preise als früher.

Schiffen.

Neufahrwasser, 9. April 1867. Wind: Nord. Gefegelt: Lemm, Rapid, Maduff, Knochen. Den 10. April. Wind: NW. Gefegelt: Robertson, Ringal (SD), London; Hutton, Swan-

land (SD), Hull; Carpenter, Citadel (SD), London; sämmtlich mit Getreide.

Angekommen: Schuß, Ida, Kiel, Ballast.

Ankommen: 3 Schiffe.

Thorn, 9. April 1867. Wasserstand: + 11 Fuß 8 Zoll.

Wind: Westen. — Wetter: trübe und Regen.

Stromat: L. Schf.

R. Werl, J. Fogel, Ploß, Danzig, Goldschmidt S., 50 — Wz.

C. Nothenbücher, J. Goldring, Dobrylow, Berlin, 30 38 Rg.

M. Güterbock u. Co., 30 38 Rg.

A. Mittelstaedt, Jacobsohn, Ploß, do., Saling, 47 55 do.

J. Frese, J. M. Schoenwig, do., Danzig, Normann, 40 55 Wz.

J. Albrecht, J. Fogel, do., do., Goldschmidt S., 34 — do.

B. Buchholz, Verf., do., do., Dief., 33 — do.

Fr. Ludwig, M. Dr. Wolffsohn, do., Berlin, 43 45 Rg.

G. Lange, Bernh. Cohn, Dobrylowa, do., 82 30 do.

Lorenz, Perep, Niezawa, Danzig, Goldschmidt S., 33 R Wz., 2 10 do.

E. Haase, Gebr. Perep, Mloclawek, do., Dief., 30 50 do.

Zawacki, Weizenlang, Dobrylowa, Berlin, Schlutow, 42 55 do.

G. Kohlöffel, Goldmann, Ploß, Dga., Steffens S., 40 30 Wz.

D. Kohlöffel, Neumark u. Dberfeld, do., do., Roehne, 35 — do.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Frä. Pauline Weinberg mit Herrn Wilhelm Anders (Bantenstein-Darlehmen); Frä. Marie Siebel mit Herrn August Mydert (Willenberg).

Verantwortlicher Redacteur: J. Meiert in Danzig.

Erstung des wegen Mangel an Verdauungskraft hinschwindenden Lebens.

Die besten Speisen in der Welt werden nutzlos, sobald der Magen sie nicht zerseht und ins Blut einführt. Da aber die Hoffische Malz-Gesundheits-Chokolade so ungemein leicht verdaulich selbst für den allerhöchsten Magen ist, so muß mit dem St. Petersburger Hospital-Overarzt Herrn Dr. Siminowsky gesagt werden: „Ich kann dieser wichtigen Erfindung der Hoff'schen Malz-Chokoladen-Präparate (Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Chokoladen-Pulver) nicht genug Anerkennung gezollt werden.“ Im Stölper Invalidenhaus wurden nach dem Verlaufe des königlichen Oberarztes Herrn Dr. Weinschenk mehrere Invaliden, die wegen erlittener Brechdurchfälle ganz kraftlos geworden waren, durch den Gebrauch der Hoff'schen Malz-Gesundheits-Chokolade vollkommen wieder hergestellt, und zwar in überaus kurzer Zeit. Der praktische Arzt Dr. Mandrich in Wien schreibt vom 9. Januar 1867: „Die Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chokolade erprobt ich mit auffallendem Nutzen bei körperlich schwachen Individuen und bei durch Diarrhöen und überhandene Krankheiten erschöpften Personen, bei Brustkranken und an einem chronischen Catarrh Leidenden.“ In Folge dessen kommen die Bestellungen auf die Hoff'schen Malzfabrikate außerst lebhaft. Wir fügen wieder einige derselben hier bei, welche gleichzeitig ein Urtheil über ihre Wirkung enthalten: „Herrn Postleutnants Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstr. 1.“ — Kammt (Graffsch. Glas), 30. December 1866. Ich bitte um umgehende Zusendung von Malz-Gesundheits-Chokoladenpulver. „Ich habe mich überzeugt, daß es meine Tochterchen sehr gut bekommt.“

J. v. Ohlen-Ableskron.
Stettin, 10. Febr. 1866. Da mehrere Glieder meiner Familie Ihre heilsamen Malzpräparate mit außerordentlich gutem Erfolge gebraucht haben, so bin ich im Stande, dieselben mit voller Ueberzeugung dem Publikum zu empfehlen.

A. Horn, geb. Nobbe, Lindenstraße Nr. 8.
Berlin, 1. Febr. 1867. Ich kann es nicht unterlassen, Sie zu benachrichtigen, daß — nachdem ich Ihr Malztract-Gesundheitsbier jetzt einen Monat hindurch trinke, — sich meine Gesundheit so gebessert hat, daß ich den Weg von meiner Wohnung bis zur Lindenstraße, auf welchem ich früher mindestens 50 Mal ausruhen mußte, heute ohne auszuruhen zurückgelegt habe.

G. Graeff.
Zerbitz bei Lenzen, 1. Februar 1867. Da mir kein anderes Mittel hilft, so will ich auch Ihr Malztract-Gesundheitsbier gebrauchen, welches doch schon so vielen an ähnlichen Uebeln leidenden Menschen geholfen hat. (Folgt Bestellung.)

H. Clasen, Seminarist.
Neumünster, 7. Febr. 1867. Die 2 Dugend Flaschen Malzbier, welche Sie im December pr. an meine Frau schickten, sind ihr gut bekommen, ich bitte Sie recht sehr, umgehend noch 2 Dugend Flaschen dahin zu senden u. (Malz-Chokolade bekommen.)
Dr. Schlott, Stabsarzt im 36. Regt.

Vor Fälschung wird gewarnt!
Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malz-Fabrikaten: Malz-tract-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladenpulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons, Bademalz u. c., halten stets Lager: Die General-Niederlage bei A. Fast, Langenmarkt 34, F. E. Goffing, Heiligegeiststraße 47, und J. Stelter in Preuß. Stargardt.

Berliner Fonds-Börse vom 9. April.			
Eisenbahn-Actien.			
Dividende pro 1866.			
Nachn.-Düsseldorf	47/30	3 1/2	—
Nachn.-Münster	—	4	32 1/2 bz
Amsterdam-Rotterd.	4 1/2	4	93 bz
Vergisch-Märk. A.	8 1/2	4	137, 133-134 bz
Berlin-Anhalt	16 1/2	4	209 1/2 bz
Berlin-Hamburg	9 1/2	4	—
Berlin-Potsd.-Magdbrg.	16 1/2	4	193 bz
Berlin-Stettin	8 1/2	4	134 1/2-133 1/2 bz
Böhm. Westbahn.	—	6	55 1/2 bz
Dresd.-Schw.-Kreisb.	9 1/2	4	133 bz
Brieg-Neiße	—	4	98 1/2 B
Cöln-Minden	9 1/2	4	134-130-132 bz
Cosel-Dderbahn (Wibb.)	2 1/2	4	55 bz
do. Stamm-Pr.	4 1/2	4 1/2	73 B
do. do.	5 1/2	5	83 B
Ludwigsh.-Verbach	10 1/2	4	—
Magdeburg-Halberstadt	—	4	184 B
Magdeburg-Leipzig	—	4	243 B
Mannh.-Ludwigshafen	—	4	119 1/2 bz
Miedlenburger	3 1/2	4	74 bz
Niederschl.-Märk.	4 1/2	4	90 1/2 bz
Niederschl. Zweigbahn	5 1/2	4	88 bz

Dividende pro 1866.			
Nordb.-Friedr.-Wilhm.	—	3 1/2	86 1/2-87 1/2-85 1/2 bz
Obersth. Litt. A. u. C.	12 1/2	3 1/2	176, 173 1/2, 174 1/2 b
Litt. B.	12 1/2	3 1/2	—
Oester.-Fz.-Staatsb.	—	5	101-99 bz
Dyppeln-Tarnowitz	—	5	71 bz
Rheinische	—	4	108, 104-105 bz
do. St.-Prior.	—	4	—
Rhein-Nahelbahn	0 1/2	4	30 B
Russ. Eisenbahn	5 1/2	5	75 bz
Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	92 B
Südosterr. Bahnen	—	5	100, 95-97 bz
Thüringer	—	4	121 bz

Bank- und Industrie-Papiere.			
Dividende pro 1866.			
Preuß. Bank-Antheile	13 1/2	4 1/2	146 1/2 bz
Berlin. Kass.-Verein	12 1/2	4	150 bz
Vom. R. Privatbank	—	4	91 G
Danzig	8 1/2	4	112 B
Königsberg	7 1/2	4	112 B
Posen	7 1/2	4	100 B
Magdeburg	5 1/2	4	93 B
Disc.-Comm.-Antheil	8 1/2	4	99 1/2-99 bz
Berlin. Handels-Gesell.	8 1/2	4	105 1/2 bz
Oesterreich. Credit-	—	5	66-63-65 bz

Preussische Fonds.			
Freiwill. Anl.	4 1/2	95	B
Staatsanl. 1859	5	98	B
Staatsanl. 50/52	4	87	Bz
do. 54, 55, 57	4 1/2	95	Bz
do. 1858	4 1/2	95	Bz
do. 1856	4 1/2	95	Bz
do. 1853	4	87	G
Staats-Schuld.	3 1/2	78	Bz
Staats-Pr.-Anl.	3 1/2	117	Bz
Kur. u. N. Schd.	3 1/2	—	—
Verf. Stadt-Obf.	4 1/2	—	—
do. do.	4 1/2	95	B
Börseh.-Anl.	5	99	B
Kur. u. N. Pfdb.	3 1/2	76	B
do. neue	4	87	Bz
Stpreuss. Pfdb.	3 1/2	—	—
do. do.	4	82	Bz
Pommersche	3 1/2	76	B
do. do.	4	87 1/2	Bz
Posenische	4	—	—
do. neue	3 1/2	—	—
do. do.	4	85	Bz
Schlesische	3 1/2	—	—
Westpreuss. Pfdb.	3 1/2	74 1/2	B
do. neue	4	81	B
do. neueste	4	—	—
do. do.	4 1/2	91	Bz

Kur. u. N. Rentenbr.			
Pommers. Rentenbr.	4	88 1/2	bz
Posenische	4	86 1/2	bz
Schlesische	4	88 1/2	bz
do. do.	4	90 1/2	bz

Ausländische Fonds.			
Oester. Metall.	5	43	B
do. Nat.-Anl.	5	50	B
do. 1854r Loose	4	57	G
do. Creditloose	—	63 1/2	bz
do. 1860r Loose	4	62 1/2-62	bz
do. 1864r Loose	—	39	G
Inst. v. Stg. 5 Anl.	5	57	bz
do. do. 6 Anl.	5	78	B
Russ.-engl. Anl.	5	86	B
do. do.	3	51 1/2	bz
do. do. 1864	5	84	B
do. do. 1862	5	84	Bz
do. do. 1864 holl.	5	84	B
Russ.-Pln. Sch.-D.	4	61	bz
Cert. L. A. 300 fl.	5	90	B
Pfdb. n. in S.-R.	4	55 et bz	
Part.-Obf. 500 fl.	4	91 1/2	B
Amerikaner	6	77-76 bz u B	
Hamb. St. Pr.-A.	—	—	—
N. Baden. 35 fl.	—	30 1/2	B
Schw. 10 Thlr.-L.	—	—	—

Wechsel-Cours vom 9. April			
Amsterdam kurz	3	143 1/2	bz
do 2 Mon.	3	143	bz
Hamburg kurz	2	151 1/2	bz
do. 2 Mon.	2	151	bz
London 3 Mon.	3	6 22 1/2	tz
Paris 2 Mon.	3	80 1/2	bz
Wien Oester. W. 32.	4	75 1/2	bz
do. do. 2 M.	4	75 1/2	bz
Augsburg 2 M.	4	56 22	bz
Leipzig 8 Tage	4 1/2	99 1/2	G
do. 2 Mon.	4 1/2	99 1/2	G
Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 22	bz
Petersburg 3 Woch.	7	86 1/2	bz
do. 3 M.	7	86 1/2	bz
Warschau 8 Tage	6	78	bz
Bremen 8 Tage	3 1/2	110 1/2	bz

Gold- und Papiergeld.			
Fr.B.m.R. 99 1/2	bz	Napol. 5 12 1/2	bz
do. ohne R. 99 1/2	bz	Goldr. 111 1/2	B
Def. öst. W. 76 1/2	bz	Sovreg. 6 23	bz
Poln. Wkn.	—	Goldfron. 9 9	G
Russ. do. 78 1/2	bz	Gold 463	bz
Dollars 1 11 1/2	bz	Silber 29 28	bz

